

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . K 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährlich . . . 96.—
jährlich . . . 192.—

Rückmeldung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourenmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich (192)

6. Jahrgang.

Freitag, 19. März 1926.

Nr. 67.

Wahnwitzige Pläne.

Jetzt, da die Koalition das Zeitliche ge-
segnet hat und ihre Parteien einander mit
Vorwürfen traktieren, wird langsam im vollen
Umfang bekannt, was alles der arbei-
tenden Bevölkerung zugebacht
war und ist. Noch immer zugebacht ist,
denn die Koalition hat wohl zu existieren auf-
gehört, aber die Beamtenregierung
soll vollenden, was Agrarier,
Klerikale, Nationaldemokraten
und Nationalsozialisten vorbe-
reitet hatten; die Gefahr, daß deren
Pläne verwirklicht werden, besteht daher un-
vermindert fort. Es darf im ganzen Staate
keinen Menschen geben, der nicht erfährt, um
was es geht! Es gibt nur ein Wort, das
diese Pläne charakterisiert: Wahnwitz!
Allein schon die Einführung fester Getreide-
zölle müßte auf die Lebenslage der arbei-
tenden Bevölkerung erheerend wirken. Glaubt je-
mand, die Arbeiter, Angestellten, kleinen Häus-
ler, Gewerbetreibenden, Invaliden, Pen-
sionisten, die Massen der Kurzarbeiter und
schließlich, aber nicht zuletzt, die Arbeitslosen,
könnten die mit festen Getreidezöllen ver-
bundene Verteuerung des Brotes, das für sie
das wichtigste Ernährungsmittel ist, ohne
schweren Schaden ertragen? Die elende wirt-
schaftliche Lage dieser Schichten macht nicht
einmal die Einführung fester Getreidezölle dis-
kutierbar, um wieviel weniger die Absicht, mit
festen Zöllen auch andere lebenswichtige Nah-
rungsmittel, Fleisch, Fett, Butter, Eier, zu
verteuern und durch Unterbindung der Vieh-
einfuhr aus dem Ausland den Großagrariern
das Mittel zu schrankenloser Preistreiberei in
die Hand zu geben!

Aber so unheilvoll die Nahrungsmittelzölle
sind für die arbeitende Bevölkerung auszuwirken
würden, sind sie doch nur ein Teil dessen,
was die herrschende Bourgeoisie unter
Zustimmung der deutschen
Besitzklassen im Schilde führt. Das
Staatsbudget weist, da endlich darangekommen
werden soll, das den Staatsangestellten ge-
gebene Verprechen betreffs einer Aufbesserung
ihrer Bezüge einzulösen, ein Defizit von
rund einer Milliarde auf, das Fi-
nanzminister Engliš ausschließlich auf
Kosten der konsumierenden Be-
völkerung decken will. Die Bestehenden
sollen vollkommen verschont, nicht das kleinste
Opfer ihnen auferlegt werden, den Groß-
agrariern will man sogar ein namhaftes Prä-
sent durch die Herabsetzung der Grundsteuer
um diese Millionen machen — gegen Steuer-
nachlässe bei den Kleinen ist natürlich nichts
einzuwenden — dagegen sollen die Nicht- und
Minderbestehenden zahlen bis sie schwarz wer-
den. Die Milliarde Defizit und noch manches
darüber, plant Herr Dr. Engliš durchwegs
durch Erhöhung indirekter Steuern hereinzu-
bringen. Sanierung der kranken Staatsfinanzen
auf Kosten der Arbeiterschaft und der Kon-
sumenten — Herr Engliš hat keinen höheren
 Ehrgeiz, als den, der gehorsame Diener der
Großagrariern und Großbourgeoisie zu sein!
Alles was den täglichen Lebensbedürfnissen der
breiten Massen und ihrem sogenannten
„Luxus“ dient, beabsichtigt er durch Steuern
zu verteuern. Er will die Zuckersteuer
erhöhen, aber es könnte arme Familien geben,
welche, um dieser Besteuerung zu entgehen, die
Schale Kaffee oder Tee, mit der ihre Mit-
glieder des morgens oder abends den knurren-
den Magen beruhigen, weniger oder gar nicht
verfügen; das muß verhindert werden! Daher
will Engliš, sei es durch Zölle oder durch eine
neue indirekte Steuergattung auch Kaffee
und Tee verteuern. Dieser geniale Finanz-
künstler ist darauf gekommen, daß die Bevölke-
rung zur Herstellung ihrer Speisen verschiedene
Kolonialwaren braucht, die ihm viel zu billig
sind und noch nicht ein Genussprivilegium
der Bestehenden sind, darum denkt er auch an
eine Verteuerung dieser Kolonia-
waren in irgend einer Form. Es gibt noch
immer Arbeiter, Angestellte und andere arme
Leute, die Tabak, Zigarren und Zigaretten

rauchen und leider auch recht viele, die dem
Alkohol frönen. Da muß etwas geschehen,
denkt sich das Finanzgenie, und er will daher
bei den Rauchwaren und beim
Spiritus zugunsten des Staats-
säckels einen Zuschlag machen, aber
nicht, um mit den erhöhten Preisen den Leuten
das Tabakrauchen und den Alkoholgenuss ab-
zugewöhnen, sondern, um sie zu täuschen, da-
mit die Reichen nichts von ihrer wärmenden
Zettschicht abgeben müssen. Da auch auf der
Eisenbahn gefahren wird und, wie die starke
Benützung der dritten Klasse beweist, die Eisen-
bahn vor allem das Vehikel der ärmeren Schich-
ten ist, plant der Finanzminister eine Er-
höhung des Personentarifs; er, der
sich mit der Bourgeoisie vertragen will, muß
lieber das Fahren auf der Eisenbahn, als das
Automobil- oder Motorfahren verteuern! Für
alle Fälle hält Herr Dr. Engliš weiters eine
Erhöhung der Umsatzsteuer in Be-
reichschaft, denn es soll noch Menschen geben,
die, um ihre Blößen zu bedecken, Kleider,
Wäsche und Schuhe kaufen. Die dem Unfug
sucht die auf die Hebung der Volkswirtschaft durch
Drosselung der Konsumkraft bedachte Regie-
rung ebenso zu steuern, wie dem Unfug des
Wohnens; sie hinterläßt der neuen Beamten-
regierung den Auftrag, eine Erhöhung der
Mietzinsen um nicht weniger als das
Doppelte vorzunehmen. Der Erneuerung eines
brauchbaren Wohnungsbauförderungs-Ge-
setzes hat die bürgerliche Mehrheit der Koalition die
größten Schwierigkeiten entgegengekehrt, um so
eifriger betrieb sie die Hinaussetzung der Miet-
zinsen, und die Auflösung der Koalition wird
sie nicht hindern, ihren Einfluß auf die neue
Regierung nach dieser Richtung hin auszuüben.
Wenn von dem Erbe gesprochen wird, das die
Beamtenregierung nach der Koalition an-
getreten hat, so muß auch der frechen Pro-
vokation gedacht werden, die in der Ein-
schmuggelung der Erhöhung der
Kongruabezüge der Geistlichen in
die Staatsangestelltenvorlage gelegen ist, es
darf ferner der Plan auf Verlängerung
der Geltungsdauer der 18-
monatigen Dienstpflicht nicht
unerwähnt bleiben, und schließlich muß gedacht
werden der Absicht der Agrarier, wenn möglich
noch im letzten Augenblick die Antrags-
tretung der Sozialversicherung
zu verhindern.

Diese Pläne und Absichten sind mit der
Spenkung der Koalition beileibe nicht unter
den Tisch gefallen. Die Gefahr, daß die Be-
amtenregierung das zu vollenden suchen wird,
was zum Scheitern der Koalitionsregierung
geführt hat, ist groß. Was Svehla nicht gelang,
soll Cerny vollbringen. Wie er das machen soll,
daraus will nicht einmal ein Geheimnis ge-
macht. Da die tschechischen Sozialdemokraten
der Einführung fester Zölle nicht zustimmen
wollten, soll alles, was das agrarische Herz be-
geht, im Verordnungswege gemacht
werden! Man stelle sich die Ungehörlichkeit
vor: eine Regierung von Beamten, die nie-
mandem verantwortlich ist, soll einfach durch
eine Verordnung viele Millionen aus der Be-
völkerung herauspressen, nur damit die Groß-
agrariern noch fetter profitieren! Für alles
andere, so lautet die der Regierung durch die
Koalitionsparteien gegebene Weisung, wird
Herr Cerny im Parlamente nach einer Mehr-
heit zu suchen haben, wobei gehofft wird, daß
die deutschen, magyarischen und slowakischen
Agrarier sich für die Schaffung fester Zölle
dankebar erweisen und diesem oder jenem
Attentat auf die Lebenshaltung der konsumie-
renden Bevölkerung ihre Zustimmung geben
werden. Die Sache ist schlaue eingefädelt. Die
Beamtenregierung soll, das ist, wie angenom-
men werden kann, die Sehnsucht aller Parteien,
der bisherigen Koalition die peinlichen Dinge
machen, welche die tschechischbürgerlichen Par-
teien von der Koalition nicht erhalten haben,
und sie soll diese Hindernisse hinwegräumen,
welche das politische Zusammenleben der Ko-
alition gestört haben. Das Geschick, nämlich
die unverfälschten Forderungen der Bürger-
lichen und der Agrarier, haben die Koalitions-
genossen auseinandergebracht, aber, dessen kann

man überzeugt sein, sie alle werden keinen
Augenblick daran vergessen, wie man wieder
zusammenkommen könnte. Wenn der neue
Vollenschieber ein bißchen heiteres Wetter ge-
macht haben wird, hoffen die jah Gekommenen,
sich wieder zu finden. Aber sie alle und auch
gewisse deutsche Parteien welche darauf lauern,
eine Probe ihres Könnens geben zu können,
sind versichert, daß ihnen auf die
Finger gesehen werden wird. Die
traurige wirtschaftliche Lage der arbeitenden
Bevölkerung, die wir an anderer Stelle an der
Hand von unwiderlegbaren Ziffern zu be-
sprechen beginnen, verträgt es nicht, als Be-

tätigungsfeld politischer Winkelzüge zu dienen.
Wer der Verantwortung für die Taten der
Regierung zu entrinnen glaubt, indem er nicht
alles aufbietet, um die Regierung an der
Durchführung der volksfeindlichen Pläne der
früheren bürgerlichen Koalitionsmehrheit zu
hindern und sie dafür zur Verantwortung zu
ziehen, der täuscht sich gründlich. Es geht
um Kopf und Kragen, es geht um
die Möglichkeit des nackten Le-
bens der Arbeiterschaft! Das sei
bedacht, wenn die Parteien ihre
Stellungen gegenüber der neuen
Regierung beziehen!

Das zweite Kabinett Cerny.

Nur 13 Minister. — Benes, Engliš und Kallay bleiben. — Dr. Schiefl
Fürsorgeminister.

Prag, 18. März. Der Präsident der Republik hat heute die Demission des Kabinettes
Svehla angenommen und in einem zweiten Handschreiben bereits die Mitglieder des neuen
Beamtenkabinettes Cerny ernannt.

Dem Kabinette gehören an:

Vorsitzender der Regierung und Innenminister Dr. Josef Cerny

Außeres Dr. Eduard Benes.

Finanzen Dr. Karl Engliš.

Unterricht Dr. Johann Krémař.

Justiz und Leitung des Ministeriums für Volksversorgung Dr. Georg Hausmann.

Handel Dr. Franz Perotta.

Eisenbahnen Dr. Johann Riha.

Oeffentliche Arbeiten Ing. Benzel Koubil.

Landwirtschaft und Leiter des Anstiftungsministeriums Dr. Juraj Slavil.

Verteidigung Johann Štrobř.

Soziale Fürsorge und Leiter des Gesundheitsministeriums Dr. Josef Schiefl.

Post und Telegraphen Dr. Maximilian Farka.

Slowakei Dr. Josef Kallay.

Die Koalition endgültig zerklüftet?

Krach im Koalitionszwecksausschuß. — Die neue Regierung soll sich ihre
Mehrheit selbst suchen.

Prag, 18. März. Ueber die der Regie-
rungsbildung vorausgehenden Einzelaktionen er-
fährt man noch, daß Sramel und Hozia
gestern abends noch versuchten, eine parlamenta-
rische Regierung zu bilden. Die Sitzung wurde
in der Richtung gesucht, daß die tschechischen So-
zialdemokraten gegen die Hlinkapartei ausgewech-
selt werden sollten. Eine solche Regierung hätte
allerdings nur 153 Stimmen aufgebracht und
wäre wohl praktisch schon als ein Minder-
heitskabinett anzusehen gewesen. Die Ver-
handlungen Sramels scheiterten jedoch, da auch
die tschechischen Sozialisten abfragten. Auch an eine
rein bürgerliche Minderheitsregierung wurde vor-
übergehend gedacht.

Alle diese Versuche waren jedoch von vorn-
herein zum Scheitern verurteilt, denn Svehla
denkt wohl nicht daran, endgültig der allnatio-
nalen Koalition zu entsagen. Man kann eher an-
nehmen, daß Svehla das Beamtenkabinett nur zur
Erlebigung der dringenden Fragen vorschleibt und
nach Wegräumung der ärgsten Schwierigkeiten,
wie der Zölle, der Kongruabvorlage und der
Staatsbeamtenvorlagen, wieder die Koalition in
ihrer alten Form neu zum Leben erwecken
möchte.

Vorkäufig stehen die Aussichten dafür aller-
dings nicht sonderlich günstig. In der heutigen
Sitzung des Zwölferausschusses kam es sogar zu
Kerwürnissen, welche das Ende der all-
nationalen Koalition überhaupt und nicht nur der
Regierung Svehla als solcher zu bedeuten scheinen.

Der Zwölferausschuß bemühte sich unter Vor-
sitz des früheren Eisenbahnministers Doktor
Frankl, auch für die Zukunft ein Zusammen-
arbeiten der Koalitionsparteien wie seinerzeit
unter der ersten Beamtenregierung herbeizufüh-
ren. Es kam jedoch zu großen Auseinan-
dersetzungen, da sich die Vertreter der ein-
zelnen Parteien gegenseitig mit der Schuld zu be-
lasten versuchten und mit einem Hagel von Vor-
würfen überschütteten.

Am Laufe der Sitzung wurde auch Bechyně
von volksparteilicher Seite gefragt, warum er
seine Mission als Stellvertreter des Ministerpräsi-
denten gar so schnell zurückgelegt habe. Er erklärte
dies damit, daß ihm der Agrarier die ultimative

Forderung auf Einführung der Getreidezölle
binnen drei Wochen überreichten, und daß er unter
diesen Umständen außerstande gewesen sei, die
Leitung der Regierung zu übernehmen, da er un-
bedingt hätte Schiffbruch leiden müssen.

Dr. Frankl mußte zum Schluß der vierstün-
digen Beratungen konstatieren, daß der Versuch,
sich wenigstens für die Verhandlung der drin-
gendsten politischen Erfordernisse auf eine gemein-
same politische Plattform zu einigen, als ge-
scheitert zu betrachten sei. Die Majorität,
auf die sich die bisherige Regierung gestützt habe,
existiere nicht mehr und die neue Regie-
rung werde sich demnach ihre Mehrheit selbst
suchen und erhalten müssen.

Dies würde allerdings eine ganz neue
Situation herbeiführen, wenn sich die neue
Regierung nicht wie seinerzeit auf einen Ko-
alitionsausschuß stützen könnte, sondern mit einer
wechselnden Mehrheit regieren müßte. Doch ist
es wohl stark zu bezweifeln, daß die bisherigen
Koalitionsmacher der neuen Regierung allzu
große Handlungsfreiheit einräumen werden. Man
wird sicher bald Mittel und Wege finden, um ihr
wieder ein Überwachungsorgan, wie es seinerzeit
die Pötka war, überzuordnen. Die Hoffnung,
daß der Kurs endlich einmal gründlich geändert
wird, darf vorerst wohl nicht aufkommen.

Die tschechische Presse zur Beamten- regierung.

Die tschechische Presse ist von der Einsetzung
der Beamtenregierung nicht sehr entzückt und das
Charakteristikum des Schoß, das der Schritt
Masaryks — als solcher erscheint die rasche
Einsetzung Cernys — geweckt hat, ist, daß je mehr
man nach rechts blättert, desto ungünstiger die
Aufnahme der Regierung Cerny wird.

So schreibt der Klerikale „Och“: „Wir Beob-
achter der letzten Krise sind keineswegs über-
rascht, da wir nichts anderes erwartet haben. Die
aller tiefste Tendenz auch in dieser Krise, sowie
deren Lösung, ist eine — antikatholische.“ Die
Klerikalen erwarteten nämlich die Betrauung
Sramels.

Der Frauentag 1926.

Unsere Rundgebungen vom 20. bis 28. März.

20. März

Wlitz.
Hermannseifen, 8 Uhr abends.
Jägerndorf, 8 Uhr abends.
Karlsbad, 7 Uhr abends.

21. März

Arnau, 8 Uhr abends.
Aussig, 2 Uhr nachmittags in der Lesehalle.
Bergstadt, 2 Uhr nachmittags.
Bodenbach, 3 Uhr nachmittags.
Bräunsau.
Eger.

22. März

Turn, 2 Uhr nachmittags.
Wigstahl, 4 Uhr nachmittags.
Würlenthal, 2 Uhr nachmittags (im Arbeiterheim Einsiedel).
Znaim.
Zwittau.

23. März

Gablonz.
Dessendorf.
Wagstadt, 8 Uhr abends.

24. März

Görsdorf.
Bennisch, 8 Uhr abends.

25. März

Reichenberg.

26. März

Bräun.

27. März

Kulnef, 8 Uhr abends.
Reuttschein.

28. März

Brüx, 2 Uhr nachmittags.
Falkenau, 2 Uhr nachmittags.
Heinrichsdorf, 2 Uhr nachmittags.
Klösterle.
Kosolup.
Mies.
Pelschau.
Plan.
Nobelsdorf.
Sebastianenberg, 2 Uhr nachmittags.
Tachau.
Troppau, 8 Uhr abends.

Die „Rárodni Listy“ meinen: Die eben entstandene Situation wird zweifellos eine wirkliche Belehrung für jene sein, die da glauben, daß es leicht sei, in der Tschechoslowakischen Republik zu regieren und daß man mit einseitigen Forderungen auskommen könne, ohne Rücksicht auf die Unvermeidlichkeit der übrigen Majoritätsparteien, und daß es möglich sei, auch das zu ignorieren, was das öffentliche Geheimnis der verflochtenen Regierung bildet, das Geheimnis, das in der Devise ausgedrückt war: Wir haben uns geeinigt, uns zu einigen.“ Im übrigen lehnt das Blatt das Beamtenabwärt ab.

„Rárodni Politika“ nennt die Krise eine wunderliche.

Der „Venkov“ sagt: „Die heutigen Beispiele zeigen, woran die Koalition unter der zweiten Regierung Svehlas gelitten: an unzureichender Mannlichkeit und an dem mangelnden Mute, ein entschiedenes Wort in entscheidender Zeit zu sprechen. Unsere Partei war verpflichtet, ihrer Wählerschaft den wahren Stand der Dinge zu enthüllen. Auch diese Pflicht war eine der Gründe zur Demission der zweiten Regierung Svehla.“ Ueber die neue Regierung schweigt das Blatt bezeichnenderweise.

„Rárodni Osobozeni“ meint: „Die ausgebrochene Krise hat auch die gute Seite, daß sie rücksichtslos den Stand enthüllt, zu dem nicht überall der Mut vorhanden war. Die Tätigkeit der Parteien erschöpfte sich darin, daß sie einander gegenseitig im Schwache hielten. Und das machte irgend eine Wirksamkeit der Regierung und des Parlaments unmöglich.“

„Cestá Slovo“ urteilt: „Wir sind keine Befristeten. Eine Beamtenregierung hat wenigstens irgendeine Tradition und wir haben auf der anderen Seite wieder parlamentarische Erfahrung aus ihrer Zeit. Es wird notwendig sein, ein neues Organ parlamentarischer Mehrheit zu schaffen, damit die Regierung nicht Zufälligkeiten ausgesetzt werde.“

Im „Právo Lidu“ findet Stivin entscheidende Worte: „Die tschechoslowakische Sozialdemokratie wird die Persönlichkeiten abwarten, die die Regierung bilden werden, wartet deren Programm und deren Wirken ab. Danach wird sie ihr Vorgehen einrichten. Naturgemäß wird sie ihre Zustimmung nicht dazu geben, daß diese Beamtenregierung jenen Diktaten der Agrarier und Merkanten nachkomme, die den Grund zum Falle Svehlas gegeben haben.“

Die „Lidové Noviny“ sagen: „Bei der Ernennung des Beamtenkabinetts wird es sich in der Hauptsache um Namen handeln, die in der Mehrzahl schon bekannt sind. Die Koalition scheidet aus, ohne daß sie nach sich Ordnung gemacht hätte, im Gegenteil, sie läßt Massen zurück, die die Beamtenregierung nun beseitigen soll. Das wird keine kleine Arbeit sein und die größten Hindernisse werden vielleicht jene bereiten, die die heutige Situation verschuldeten oder wenigstens mitverschuldet haben. Es wird nun ein allgemeines Beschuldigung gegen alle erfolgen, Svehlas Krankheit wird als Hauptursache bezeichnet werden. Die Beamtenregierung wird als Eindringling betrachtet werden. Die Wahrheit jedoch ist, daß die Koalition abgewirtschaftet hat. Das ist kein bloßes Abtreten der Regierung, das ist eine ratlose Flucht vor der Verantwortlichkeit, vor dem, was die Koalition selbst, trotz aller Warnungen, verschuldet hat.“

Mittwoch Regierungserklärung.

Nach den Beschlüssen der Präsidialkammer des Abgeordnetenhauses vom Donnerstag, soll sich die neue Regierung in der Mittwochssitzung des Abgeordnetenhauses mit einer kurzen Erklärung vorstellen. Ueber die Regierungserklärung soll dann am Freitag und Samstag der nächsten Woche die Debatte abgeführt werden.

Novellierung des Feiertagsgesetzes?

Im Abgeordnetenhause wurde dieser Tage von den Nationalsozialistischen Abgeordneten Jemin, Patejdl und Gen. ein Antrag auf Neuregelung der Feiertage eingebracht. In diesem Antrage wird verlangt, daß die bisherigen Bestimmungen über die Feiertage künftighin für folgende Tage gelten sollen: 1. Jänner (Neujahrsfest), 7. März (Geburtsfest des ersten Präsidenten des Staates), 28. März (Königsfest), Ostermontag, 1. Mai, Pfingstmontag, 1. Juni (Mutter- und Kinderfest), 5. Juli (Christi und Method in Náchod), 6. Juli (Hus), 28. September (Benzel), 28. Oktober (Staatsgeburtstag), 1. November (Märtyrern), 24., 25. und 26. De-

zember (Weihnachten). Für den 1. Mai, den 6. Juli und 28. Oktober sollen alle Bestimmungen wie für die Sonntage gelten. Für die übrigen der obgenannten Feiertage sollen die Vorschriften über die Sonntagsruhe gelten, insoweit es sich um die Berechnung von Fristen handelt; sie sollen ferner gelten für öffentliche Ämter, Anstalten, Unternehmungen und öffentliche Schulen.

Unter Standpunkt zur Reform der Feiertage ist der gleiche wie im Vorjahre. Wie sind für die Beseitigung der konfessionellen Feiertage und für die Schaffung einer genügenden Zahl geistlicher und nach Möglichkeit bezahlter neutraler Ruhetage. Vor allem aber fordern wir Wiederherstellung der drei Doppelfeiertage, deren Beseitigung lediglich ein Gewinn für die Unternehmer war und in den breiten Massen auf den schärfsten Widerstand gestoßen ist. Die Kirche wurde durch die Beseitigung der Doppelfeiertage nicht getroffen, da sie gerade ihnen wenig Wert beimsetzt. Der Antrag der tschechischen Nationalsozialisten wäre bis auf Kleinigkeiten durchaus annehmbar, ob er aber gegen den herrschenden Widerstand durchzusetzen ist, muß heute mehr als fraglich erscheinen.

Dynmachtsanfall Malovs in der Kammer.

Angriffe wegen seiner Haltung im Kriege.

Paris, 18. März. Die kurze Regierungserklärung, deren erste Worte die finanziellen Notwendigkeiten betrafen und welche Briand in der Deputiertenkammer mit langweiliger Stimme verlas, wurde ganz kühl aufgenommen. Nach einem Appell Briands zur Ruhe, Arbeit und Stabilität, wurden auf der Rechten Stimmen laut: Lösen Sie die Kammer auf!

Die Regierung nahm sofort die Debatte über die Zusammenfassung des Kabinetts auf. Deputierter Barnegarah (republikanische Union) spricht seine Enttäuschung über Genf aus, wo das Werk von Locarno feierlich bestätigt werden sollte. Der Völkerverbund zeigte sich hier aber in seiner Schwäche und Deutschland enthüllte dort wiederum sein rechtes Gesicht. Deshalb fordert Redner eine wachsame und feste Politik. An die Adresse Briand, sagt Redner, daß er bei der Zusammenfassung des Kabinetts die Möglichkeit hatte, wirklich ein großes Ministerium zu bilden. Statt dessen nahm er Malov ins Kabinett, was eine Provokation der Rechten und eine Feier eines Kriegsschuldigen bedeutet.

Briand führt aus, er habe zwar das Kabinett in Eile, aber voll und frei gebildet. Die Formel einer nationalen Regierung, welche während des Krieges möglich war, dürfte jetzt aber keine Aussichten haben. Briand stellte Malov das Zeugnis aus, daß er während des Krieges gewissenhaft seine Aufgaben erfüllt habe und daß ihm unrecht geschwiegen sei. Diese Worte rufen auf der Rechten großen Widerspruch hervor. Deputierter General Nach der Rede Briands wurde die Sitzung unterbrochen und nach 18 Uhr wieder eröffnet. Das Wort ergreift Innenminister Malov, um sich in vehementer Weise gegen die Anschuldigung von rechts zu verteidigen, daß durch seine Schuld viele Personen zum Tode verurteilt worden seien, weil sie zum Ungehorsam aufgereizt worden seien. Malov erinnert daran, wie er verurteilt und als Verbrecher bezehmet wurde.

Malov selbst ersucht, vor das höchste Gericht gestellt zu werden, und doch habe sich kein einziger Senator gefunden, der ihn wegen dieser Beschuldigungen verurteilt hätte. Wenn er trotzdem verurteilt worden sei, sei dies nur wegen untergeordneter Fragen in der letzten Zeit geschehen. Malov erklärt, daß er eigentlich das Opferlamme war und die Verantwortung für Personen vom Oberkommando trug. Der Minister spricht aufgeregt und

fällt in Ohnmacht.

Die Kammerangestellten eilen herbei und die Sitzung wird unter großer Erregung unterbrochen.

Innenminister Malov, den sofort zwei Deputierten-Merzte behandelten, wurde nach einigen Minuten wieder zu Bewußtsein gebracht. Zahlreiche Deputierte eilten zu ihm und Kammerpräsident Herriot umarmte ihn in herzlichster Weise. Malov, von diesen Rundgebungen ergriffen, wurde abermals ohnmächtig. Beide Ärzte ersuchten deshalb die Deputierten, sich zu entfernen und brachten hierauf Malov wieder zu Bewußtsein.

Der arme Böhmerwald.

Nach dem „Böhmerwälder Sportbüchlein“ von Rudolf Kubitzsch, daß bei W. J. Schramm in Prachatitz jeden erschienen ist.

Der Volkssport, der im Böhmerwald besonders reich blüht, kennzeichnet sein Land und Leute, wenn er auch oft verzerrt und übertriebt. Der Böhmerwald ist eine arme Gegend und die Holzbauer, Waldbauern und Kleinbürger des Böhmerwaldes sind ein armes Volk; es heißt scherzhaft vom Böhmerwald, daß es da nur arme Leute gibt, Bettelleute und Leute, die gar nichts haben. Da ist es ganz natürlich, wenn sich der Volkssport, halb entsetzungs-, halb scherzhaft an der Armut und Not des Böhmerwaldes am liebsten reißt, wie fast auf jeder Seite des Sportbüchleins zu lesen ist.

Da sind die Leute von Neumarkt, die gern als Bürger gelten möchten, aber trotzdem mit Schubkarren fahren; daher nennt sie der Volkssport „Schubkarrenbürger“.

Von Glasbütteln bei Neuern geht das Sprüchlein, das auch etlichen anderen Orten nachgelagt wird:

In Glasbütteln wann's laut'n, so läuten's vor Not, und wann a Bettelmann durchs Dorf geht, so nehmen's ihm's Brot.“

Die Bürger des Städtleins Neuern werden von den Bauern der Nachbarschaft „Hungerleide“ betitelt; eigentlich wird das Wort allen Kleinbürgern des Böhmerwaldes von den Bauern unter die Nase gerieben.

Die Leute vom nahen Mlitz werden zur Zeit der Sakerente mit den Worten gestichelt: „Jetzt wird der Saker zeitig, jetzt kriegt der Hut einen Ruck nach hinten.“

Von Petrovitz wird die folgende Geschichte erzählt: Wenn die Petrovitzer Kirchweih haben und die Leute aus der Nachbarschaft zeitig in der Frühe ihre Bekannten und Verwandten in Petrovitz aufsuchen, sagen die Petrovitzer immer: „Aie, kommt ihr zeitig daher haben noch nicht einmal gekocht, müßet schon später kommen!“

Kommet dann die Leute ein anderes Mal später auf Besuch, so heißt es alle Mal: „Ja, könnt ihr denn nicht früher kommen, wie es der Brauch ist, jetzt haben wir schon alles aufgegessen, können euch mit nichts aufwarten!“

Von den Gefilden sagt man, daß hier die Bettelleute umkehren und die Mäuse betteden. Die Spaz:n sollen bis Winterberg gehen und die Mäuse ein wenig weiter, bis zum „Deiwald“ auf der Straße von Winterberg nach Auhergefeld. Die Auhergefelder ärgerte es sehr, daß sie immer mit den Spaz:n gehänselt wurden und so haben sie einmal, wie man in den Nachbardsörfern erzählt, in der Stadt Winterberg einen faulen Spaz:n gefangen, in einen Sack gesteckt und heimgetragen. Dabei wurden die Spaz:n dann ausgelassen. Aber noch am selben Tage sollen die Spaz:n wiederum davongeflogen sein. Die biederen Auhergefelder haben aber ihr Vorhaben nicht so gleich ausgegeben und sind noch einmal nach Winterberg um Spaz:n gegangen. Dieses Mal stupten sie den Vögeln, ehe sie sie in Auhergefeld ausließen, die Flügel. Die Spaz:n aber sollen wiederum ausgehissen sein und zu Fuß den Weg bis Winterberg zurückgelegt haben. Der Volkssport weiß noch von zahlreichen Orten des Böhmerwaldes zu berichten, in denen sich keine Spaz:n aufhalten sollen.

Die Holzbauer von Fürstnhut nennt der Volkssport „Erdäpfelbäuerlein“, weil dort oben in der Lufengegend nur noch Erdäpfel gedeihen. Als Kinder haben wir gebetet, wenn Tag für Tag Erdäpfel auf den Tisch kamen: „Crappi, dir leb ich, Crappi, dir sterb ich, Crappi, dein bin ich tout und leventi, Amen!“ Die Fürstnhuter Burtschen kann man auch aufziehen, wenn man mit einer Kartoffelblüte im Hute durch das Dorf geht.

Um Scheured ist die Gegend gar armelig und ein Sprichwort sagt: „Die Scheureder sind Betteder.“ Die Scheureder spotten ihrer selber und sagen von ihrem „Obste“, den Beeren der Eberesche, daß bei ihnen gedeiht: „Wir müssen warten, bis die Fraibam zeitig werden, dann sehen wir was Rotes.“

Von den Leuten von Ruckwarda erzählen die Wollkerer, daß sie recht verhungerte Leute seien. Wenn sie sich mit Erdäpfeln angeessen

hätten, gingen sie alle Mal vor die Haustüren und stocherten sich in den Jähnen herum, damit fremde Leute meinten, sie hätten Fleisch gegessen. Die Ruckwardliner wiederum erzählen dieselbe Geschichte von den Wallerern. Auch von den Bergreichensteinern wird der Stichelshwanz erzählt, jedoch an Stelle der Erdäpfel Kraut eingelegt.

Von den Waldbauern vom Filz wird der folgende Stichelshwanz erzählt: Die Leute ahen einmal Knödel und hatten nur ein Stücklein Sped. Dieses Stücklein banden sie nun an einen Faden und ließen es mit jedem Knödel durchs Maul hinunter, jog:n den Sped aber an dem Faden wiederum in die Höhe und verwendeten ihn bei allen Knödeln der Reihe nach.

Die Sablater werden spotthaft „Jäpjanburger“ genannt; da sie nur einen kleinen Wald besitzen, sammeln sie gern in ihrem Walde und häufiger noch in den andern Wäldern Tannen- und Föhrenzapfen zum Einheizen; diese heißen daher in der Gegend scherzhaft das „Sablater Bürgerholz“. Wenn einer in der Umgebung mit Jäpjan einheizt, kann er oft hören: „Ah, bei euch wird auch mit Sablater Bürgerholz eingelezt.“ Man sagt ihnen auch noch, daß sie am Sonntag mit dem Zylinder am Kofe herumgehen, unter der Woche aber im Zylinder Tannenzapfen sammeln.

Die Oberkaidler ärgert man, indem man ihnen sagt, daß sie zwei Kirchstage haben und alle zwei in der Not; an dem einen haben sie kein Futter, an dem andern kein Brot. Die beiden Kirchstage der Oberkaidler sind der „G'füllat'chia“ und der „Kraut'chia“. Das „G'füllat'“ wird auf verschiedene Arten zubereitet; meist werden Rüben- und Krautblätter, auch allerhand Frühlingskräuter, ja sogar Kartoffelblätter, gekocht und geschnitten, und mit saurem Schmetten oder Schmalz übergossen; diese Lieblingsspeise der Bauernleute wird zu Mittag zu den Knödeln oder auch zum Fleisch verzehret. Einige Tage vor dem „G'füllat'chia“ soll in Oberkaid immer ein Bauer „G'füllat'räuter“ auf einem Wagen im Dorfe herumführen und bei jedem Hause eine Schwinde voll „G'füllat'“ abladen, wird in den Nachbardsörfern erzählt.

Die Bauern von Frauental sollen an ihrem

Kirchstage einen Bettelmann schlachten, da sie um die Zeit noch nichts zu essen haben.

Die Leute von Andreasberg sollen an ihrem Kirchstage wiederum der Armut halber „neuerlei G'füllat' und ein Beererkoch“ als Festessen verspeisen, behaupten die Nachbarn.

Die Leute von Unterwaldau werden „Holzschubbürger“ zubenannt; so heißen wohl die Kleinbürger der meisten Städtlein und Marktflecken des Böhmerwaldes. Von etlichen solchen geht die Rede im Volke, daß die Bürger an ihren Holzschuhen eiserne Reifen, die Stadtväter silberne und der Bürgermeister einen goldenen Reifen trage.

Von den armen Weibern der Reichenauer Gegend berichtet ein Svottreim:

„Da Widl Gorn, zwoa Widl Gorn, spinn ma mei Wei; oan Loab Brot, zwen Loab Brot frizt's ma dabei!“

Die Bürger von Hohenfurth heißen im Spotte „Strohbettler“, weil einst die Häusler bei den Bauern häufig Stroh gebettelt haben.

Die Rosenberger werden wegen ihrer Armut als „Bettler“ verspottet und man behauptet von ihnen, daß sie am Morgen im Rathaus seien und am Nachmittag unter den Bauern als Bettler herumzögen.

Wenn man die Leute aus dem Wallfahrtsorte Brännl im Sommer, wo viel Wallfahrtsvoll und Sommerfrischer zu ihnen kommen und das Beschäftigt geht, fragt: „Von wo habts denn her?“ sagen sie recht froh: „Von Brännl!“ Fragt man sie aber im Winter, wo niemand zu ihnen kommt und sie sich kümmerlich mit dem Knöpfelmachen das tägliche Brot verdienen müssen, so antworten sie sehr trübselig und weinerlich: „Von Brännl!“

Die kleinen Adeligen endlich entlang der Sprachgrenze in der Mattauer und Schüttenhofer Gegend, deren Güter keinen gar großen Umfang haben, werden von den Wäldern svottisch „Paberfürsten“ oder „Krippenreiter“ betitelt

Der nationale Ausgleich und das „Bravo Vidu“.

Wenn es noch eines Beweises dafür bedürft hätte, daß die Rede des Genossen Dr. Czech und unser Antrag auf Einsetzung eines Nationalitätenausschusses im richtigen Augenblicke erfolgte, so ist es der klägliche Zusammenbruch der allnationalen Koalition und der Regierung Wehla. Das allnationale Herrschaftssystem mit seiner Widersprüchen und nachgerade unüberbrückbar gewordenen Gegensätzen war eine Folge der nationalen Kämpfe. Nur die Begleitung der nationalen Gegensätze kann einem anderen Regime die Wege bahnen. Das Versagen des Parlamentarismus folgt nicht aus ihm selbst, sondern aus den besonderen Verhältnissen des tschechischen Parlamentarismus, das so wenig wie das alte österreichische regieren kann, ehe die nationale Frage gelöst ist. Selbst tschechische Kreise sehen das heute ein und das Echo, das die Rede des Genossen Czech in den Reihen des tschechischen Bürgertums fand, zeigt, daß sich weiter blickende Politiker der Wichtigkeit des Problems und seiner Lösung bewußt sind, wie immer auch sie sich die Lösung vorstellen.

Anderer Meinung allerdings scheint das „Bravo Vidu“ oder doch sein verantwortlicher, unverantwortlicher Leiter zu sein. Am 12. d. M. nahm das Zentralorgan der tschechischen Sozialdemokraten die große, vor vollem Hause gehaltene Rede Czechs am Ende des keinesfalls knappen, sondern reichlich langen Berichtes über die Parlamentaristik mit folgendem Satz zur Kenntnis: „Weiter sprach noch der deutsche Sozialdemokrat Dr. Czech, worauf Präsident Malypetr — —“

Als dann im weiteren Verlauf der Sprachendebatte für die tschechischen Sozialdemokraten Abgeordneter Jaska eine ausführliche, aber nicht sehr aufregende Rede gehalten hatte, die mit längst bekannten und längst widerlegten Argumenten das nationale Unrecht zu rechtfertigen suchte, statt Vorschläge zu seiner Beseitigung zu bringen, entschloß sich das „Bravo Vidu“ zu einer größeren Notiz über unsere Stellungnahme. Es schrieb:

„Wenn auch die lange und mühevolle Debatte nicht gerade einladend war, so fand doch der Klub der Abgeordneten der tschechischen Sozialdemokratie den Abgeordneten Genossen Jaska auf die Rednertribüne. Dies deshalb, damit bei Gelegenheit des Waffenganges des nationalen Hasses auch national veröhnliche, beruhigende Worte des Friedens unter den Nationen vorgelesen werden, sowie sie die tschechoslowakische Sozialdemokratie verkündet, propagiert und bemüht ist, Lasten zu lassen. Nebenbei gelangt, bei den Worten des Abg. Gen. Jaska erinnernd wir uns der Reden, die in dieser Debatte von den deutschen Sozialdemokraten Joll, Pohl und Czech u. a. vorgelesen wurden! Bei diesem Gedanken wurde der Unterschied der Meinungen in der Frage des Internationalismus und Nationalismus allzu deutlich sichtbar, als daß sich nicht die sorgenvolle Frage auf die Lippen drängte — wird es möglich sein, diesen Gegensatz zwischen unseren und den deutschen Genossen zu überbrücken?“

Die gründliche Kritik unserer Redner ausgefallen ist, beweist schon das eine, daß man den Genossen Dr. Heller, der im Senat ausführlich zur Sprachendebatte gesprochen hat überhaupt nicht nennt. Die Frage, die sich die tschechischen Genossen (oder vielmehr das „Bravo Vidu“) stellen, drängte sich uns leider schon sehr oft auf, wir haben aber trotzdem nicht darauf verzichtet, im Interesse der Arbeiterklasse für die Annäherung der proletarischen Parteien zu wirken. Es ist nicht unsere Schuld, wenn die peinliche Frage etwa bei folgender (der dritten) Notiz über die von tschechischen Bürgern mit Anerkennung notierte Aktion unserer Partei, wieder auftaucht:

„Das ganze Bild der beiden Sitzungen bezugte klar die Wichtigkeit der deutschen Wrasen von der nationalen Unterdrückung und dem Unrecht. Zuletzt referierte aus alldem eine solche Ermüdung, daß nicht einmal die deutschen Abgeordneten ihren Rednern zuhörten, sondern sich in die Couloirs verflüchtigten, oder gar in der Abgeordnetenhausestaurations gutes tschechisches Bier tranken oder gute tschechische Rindfleisch. Und die Handvoll, die im Sitzungssaal zurückblieb, verkürzte sich die Zeit damit, daß sie ganz freundschaftliche Wünsche mochte. Es lachten die Tschechen und Deutschen, es war sehr lustig und ein Wunder, daß man sich nicht auch Anekdoten erzählte, eine so freundliche Stimmung herrschte! Ja sogar der bekannte deutsche Sozialdemokrat Dr. Czech, in nationaler Hinsicht sehr unkonsequent, ließ in die Hände der tschechischen Sozialisten und stützte der Praha Feminova einen Witz zu, über den er selbst herzlich lachte.“

Das stand so im Abendblatt des „Bravo Vidu“. Ob das eine Auseinandersetzung, ein Witz, ein Angriff oder vielleicht ein Verbrüderungsantrag sein soll wird auch der aufmerksamste Psychologe nicht entscheiden können. Wir möchten lediglich einmal zur Erwägung stellen, ob dieser Ton irgendwo anders möglich wäre und ob es etwa vorstellbar wäre, daß die „Arbeiter-Zeitung“ über eine Delegation der Rätinern Slowenen schriebe, sie lasse sich die Wiener Schnitzeln und den Wein gut schmecken! Seit Sonntag schwieg das „Bravo Vidu“ überhaupt und der Antrag unserer Partei, die Erläuterung, die ihm die Rede des Genossen Czech und die Artikel unserer

Presse gaben, wurden deutschtschechischen Arbeitern einfach verschwiegen! Diese Taktik der Unterschlagung dessen, was die Bruderpartei an Vorschlägen zur Einigung vorkingt, hat schließlich den Widerspruch weiter Kreise der tschechischen Partei hervorgerufen und so sah sich der unentwegte Schürer des Bruderkampfes gezwungen, endlich, acht Tage nach unserer Aktion, diese den Lesern des „Bravo Vidu“ zur Kenntnis zu bringen. Wie das geschieht, das macht die Sache aber nur noch schlimmer. Das „Bravo Vidu“ vom Donnerstag, das auf der ersten Seite eine drohende Sprache gegen die tschechische Bourgeoisie spricht und erklärt, daß es mehr als fraglich sei, ob die Zusammenarbeit der Sozialdemokraten mit dem Bürgertum weiter möglich sei, bringt auf der vierten Seite eine Notiz unter dem Titel „Wieder ein deutscher Demonstrationsantrag“. Es heißt dann:

„Nach der mit großer Mehrheit (!) erfolgten Ablehnung des demonstrativen deutschen Antrages, der Regierung das Mißtrauen auszusprechen, tauchte gestern im Parlament ein neuer Antrag auf. Es handelt sich diesmal um nichts anderes, als um einen Antrag zur Herbeiführung einer gewissen deutschen Autonomie.“

Es folgt dann unser Antrag ohne seine Begründung und alles, was das „Bravo Vidu“, dazu sagen weiß, ist folgender Satz:

„Auf den ersten Blick ist es klar, daß es sich wieder um einen demonstrativen Antrag handelt. Charakteristisch ist an ihm der Umstand, daß er aus den Reihen der deutschen Sozialdemokraten stammt.“

Jawohl, das ist charakteristisch und der Antrag verleugnet nicht den sozialistischen Geist. Er ist Blut vom Blute jahrzehntelanger sozialistischer Politik im Interesse der Versöhnung der Nationen. Und charakteristisch auch deshalb, weil wir und nicht die tschechischen Genossen ihn einbringen, die als Angehörige der herrschenden Nation zuerst dazu verpflichtet wären. Sie erinnern sich vielleicht, daß die deut-

sche Sozialdemokratie in Oesterreich es für ihre vornehmste Pflicht hielt, für die Autonomie der anderen Völker zu kämpfen, gerade weil sie der damals herrschenden Nation angehörte, ohne sich allerdings auch nur eines Augenblickes Länge durch die Berührung mit der herrschenden Bourgeoisie zu beschmutzen!

In demselben Augenblick, da sich vor aller Öffentlichkeit zeigt, daß die Regierung der allnationalen Koalition bankrott ist bricht das „Bravo Vidu“ für das verendete Regime noch eine Lanze; in dem gleichen Blatte, das auf der ersten Seite die Politik Wehla als hinterhältig kennzeichnet und den tschechischen bürgerlichen Parteien das schärfste Mißtrauen ausdrückt, glaubt man den einzigen zur Stunde vorliegenden Antrag, der dem Uebel auf den Grund geht und den Weg aus dem Chaos weist, damit abtun zu können, daß man ihn als „Demonstrationsantrag“ bezeichnet, der jenem gleichzusetzen, den die Koalition (allerdings mit recht schwacher Mehrheit) vor acht Tagen niedergestimmt hat, um ihm wenige Tage später die De-facto-Sanktion zu erteilen. Glauben die tschechischen Sozialdemokraten wirklich, es handle sich um eine vorübergehende Krise und nicht um einen Bankrott der Koalitionspolitik? Werfen sie nach den bitteren Erfahrungen der letzten Wochen, da sie sich von ihren Koalitionsgenossen betrogen, beiseite geschoben und verhöhnt sahen, ihre Blicke schon wieder über die Episode der Beamteneigierung auf die nächste allnationale Koalition? Gesehen sie sich die Niederlage, die sie erlitten haben, nicht ein, sind sie nicht entschlossen, die Wiederholung eines solchen Hinauswurfs für immer zu verhindern? Wir wollen es nicht glauben. Wir sind überzeugt, daß die tschechischen Arbeiter und der weitaus größte Teil ihrer Vertrauensleute nach dem elenden Zusammenbruch der allnationalen Koalition sich ein anderes Ziel als ihre Erneuerung steckt und unseren ehrlichen Ausgleichtsantrag zu würdigen weiß. Aber es wäre höchste Zeit, dann auch einen Mann zur Besinnung zu rufen, der seinen persönlichen Haß auf Kosten der Arbeiter bedrückt und die Arbeiterklasse in einem Augenblick höchster Gefahr das Opfer seiner Verblendung werden läßt!

Das Wirtschaftselend der tschechoslowakischen Arbeiterchaft.

Not, die keine weitere Belastung mehr duldet.

I.

Die ständige Wirtschaftskrise in der Tschechoslowakei verschlechtert unauhörlich die wirtschaftliche Lage ihrer arbeitenden Klasse, deren Elend in die folgenden drei Kategorien zerfällt: Hungerlöhne, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit. Die Lebenshaltung auch des vollbeschäftigten Arbeiters steht weit unter der der Vorkriegszeit; nicht nur daß die Löhne mit der Preissteigerung nicht Schritt halten, ist bei ihnen fast in allen Branchen ein unaufhörliches Sinken bei gleichbleibenden oder gar ansteigenden Preisen aller Lebensmittel und Industrieprodukte zu verzeichnen. Der Haushalt des Arbeiters wird immer arbeitsamer, der Lohn selbst des Vollbeschäftigten reicht kaum zur Befriedigung der allerwichtigsten Bedürfnisse, an einen Ausgleich durch den Krieg und etwaige frühere Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit erlittenen Schäden ist nicht zu denken, neuerlicher Verlust der Arbeit muß, da statt Ersparnissen nur Schulden vorhanden sein können, zur völligen Katastrophe der also betroffenen Proletarierfamilien werden. Und in dieser katastrophalen Lage befinden sich bereits tausende Arbeiterfamilien, andere Tausende sehen sie vor sich, die Betriebs- einstellungen und -einschränkungen häufen sich von Tag zu Tag.

In dieser fürchterlichen Situation der arbeitenden Klassen plant der Staat, heute fast ausschließlich Nachstrichinstrument der kapitalistischen Klassen, eine Reihe neuer Attentate, die sich in ihrer ganzen Wucht und Tragweite wieder fast nur gegen die für Lohn oder kleinen Gehalt arbeitenden Menschen richten!

Die indirekten Steuern auf eine Anzahl der wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsgegenstände sollen erhöht, feste Getreidezölle sollen eingeführt werden. Wenn die Pläne der tschechoslowakischen Finan-, Handels- und Agrargenies reifen, würde das Kilogramm Zucker um 20 Heller verteuert werden, das Kilogramm Mehl um 90 Heller im Preise steigen, der Tee würde um 33 Kronen, der Kaffee um 13 Kronen beim Kilogramm teurer werden. Der Preis des Spiritus und der Tabakerzeugnisse sollen in die Höhe getrieben werden, diese sogar um 22 Prozent, also fast um ein Viertel! Gleichzeitig will man die ohnehin unverhältnismäßig hohen Eisenbahntarife weiter hinaufschrauben. Der Bevölkerung, deren bester Teil außerdem noch die Erhöhung der Mietzinsen droht, mutet man zu, daß sie auch diese Lasten noch tragen werde, damit die Milliarden für den Militarismus, den man nicht einmal im Sinne der Verfassung abbauen will, und die Millionen für den Klerus, die man ihm neuerdings in den Rücken schieben will, gedeckt werden können.

Gegen alle diese Pläne steht die arbeitende Bevölkerung wie ein Mann in unerschütterlicher Abwehr.

Die Lebenshaltung des Arbeiters ist bereits so niedrig, daß

jede weitere Verschlechterung unerträglich

wäre und daher jedem derartigen Versuch einschiedener Kampf angefaßt wird.

Der Öffentlichkeit um Beweise, wie traurig die Lebenshaltung der Arbeiterchaft bestellt ist, wollen wir Zahlen darüber sprechen lassen, die über die wirtschaftliche Lage der Arbeiter in einigen der wichtigsten Industriezweige dieses Staates Aufschluß geben. Material aus den Organisationen der Bergarbeiter, Metallarbeiter, Bauarbeiter und Keramarbeiter, und Ziffern aus dem für einen gewissen Teil der Öffentlichkeit wahrscheinlich beweisfähigeren statistischen Staatsamte sollen aufzeigen, ob die Lage des tschechoslowakischen Proletariats noch eine weitere Verschlechterung verträgt.

Die Bergarbeiter.

Die Situation der tschechoslowakischen Rohstoffwirtschaft verschlechtert sich immer mehr. Alle Warnungen und Vorschläge der Bergarbeiter wurden bisher in den Wind geschlagen. Die Wirkung ist ständiger Rückgang der Produktion, sinkende Ausfuhr, Stilllegung von Schächten, Massenentlassung von Arbeitern.

Im Jahre 1925 wurden weit über 10.000 Bergarbeiter entlassen, die Zahl der Entlassenen von 1921 bis September 1925 betrug 29.000.

Wie aber sieht die Lebenshaltung des noch im Betriebe stehenden Kohlenarbeiters aus?

Der durchschnittliche Brutto-Wochenlohn eines Bergarbeiters in Nordwestböhmen betrug:

im I. Halbjahr 1914	25.77 K
„ I. Halbjahr 1925	186.45 K

Der Index der Lebenshaltungskosten betrug:

im Juli 1914	37.02 K
„ „ 1925	342.21 K

Eine einfache Rechnung belehrt darüber, daß also im Jahre 1925 die Kaufkraft des Bergarbeiterlohnes 78.14 Prozent des Vorkriegswertes betrug. Die Lebenshaltung des Bergarbeiters steht also heute um beinahe 22 Prozent, fast um ein Viertel tiefer, als vor dem Kriege! Angesichts dieser Tatsache fällt einem immer wieder das von Kapitalisten auf die Grubenarbeiter geprägte Wort von den „Vorfahren der Arbeit“ ein, die bekanntlich in der Vorkriegszeit ein paradiesisches Leben führten und eben jetzt leicht ihre Lebenshaltung um ein Viertel hinunterpressen konnten!

Wäre noch ein weiteres Hinunter zu ertragen?

Die Antwort auf diese Frage wollen wir aus einigen Zahlen der Mitteilungen des statistischen Staatsamtes geben. Dort fin-



Ministerpräsident Cerny.

den wir unter den fünfzehn angeführten Haushaltsrechnungen von Arbeiterfamilien — die Rechnungen sind in der Veröffentlichung bis in kleinste Einzelheiten wiedergegeben — auch die von einer Bergarbeiterfamilie in Nordböhmen gemachten Angaben über ihre Einnahmen und Ausgaben in 52 Wochen. Diese Statistik vermag allerdings keinen richtigen Begriff vom wirtschaftlichen Elend einer Bergarbeiterfamilie zu geben, da der nordböhmische Bergarbeiter, von dem die Statistik handelt, drei gleichfalls im Erwerbsebenen stehende Töchter hat, die über 14.000 Kronen in den Haushalt einbringen; außerdem beträgt der Verdienst der Mutter und des sonstigen Nebeneinkommen der Familie etwa 6000 Kronen; der Bergarbeiter selber verdient 10.649 Kronen, steht daher mit ungefähr 205 Kronen wöchentlich auch beträchtlich über dem Durchschnitt. Also entsteht ein Gesamteinkommen von mehr als 31.000 Kronen jährlich.

Wie lebt nun davon die siebenköpfige Familie (Vater, Mutter, ein sechzehnjähriger, in der Lehre befindlicher und ein dreizehnjähriger Sohn, ferner drei erwachsene Töchter, die als Verkäuferin, Hilfsarbeiterin und Wäscherin bedienstet sind)?

Auf die ganze Familie entfällt durchschnittlich ein Viertel Kilogramm Fleisch täglich und für 2.30 Kronen Schwarz, auf jede Person kommen sieben Dezagramm Fett, davon Butter etwa 18 Gramm. Die Familie lebt von Erdäpfeln und Brot, deren sie täglich zwei Kilogramm verbraucht, von einem Kilogramm Mehl und von gezuckertem Kaffee. Die Vervollständigung bilden zwei Eier und knappe eindreiviertel Liter Milch. Wenn die Familie dabei das Kunststück unwege bringt, neben 856 Kronen für Krankenversicherung, 300 Kronen für andere Versicherungen, 280 Kronen Organisationsbeiträgen noch 449 Kronen für Zeitungen und Bücher aufzuwenden, so erklärt sich das nur daraus, daß hier von sieben Personen fünf verdienen, daß sie alle nicht einen Heller für Alkohol oder Tabak ausgeben, und daß sie für „Körperpflege“ 63 Kronen jährlich ausgeben. Wieviel fällt da auf Kopf und Woche?

So sieht es in einer für Arbeiterverhältnisse gut situierten Familie aus! Was geschieht, wenn der Bergarbeiter entlassen, die Töchter Kurzarbeiterinnen, die mühevoll erworbene Mutter krank und erwerbsunfähig wird? O, der Staat will ihnen helfen — mit neuen Steuern, mit Zöllen, mit der Verteuern jedes Stückchens Brot, jedes Würfels Zucker, jeder Schale Kaffee!

Doch verlassen wir diese Familie mit dem „Nebeneinkommen“ und wenden wir uns einer anderen zu, deren Haushalt gleichfalls vom statistischen Staatsamt verzeichnet wurde. Ein Aufseher in einer westböhmischen Papierfabrik hat bei sich neben der Frau und fünf Kindern (11, 8, 6, 4 und 2 Jahre) noch Schwiegereltern und Schwägerin wohnen. Die Gesamteinkünfte betragen etwa 15.000 Kronen. Dort gibt's täglich Fleisch — zwei Dezagramm, täglich Butter — ein Dezagramm, zwei Liter Milch, knapp ein Ei, dreimal soviel Kaffee wie in der Bergarbeiterfamilie und halb soviel Zucker. Der große Rest: Kartoffeln, Brot, Mehl (nicht einmal ein Kilo für zehn Mägeln!). Die Familie zahlt 900 Kronen Miete, zahlt dafür keinen Heller für Arzt, Apotheke und Körperpflege und für „Bildung“, Unterhaltung und dergleichen wendet diese Familie, die aus fünf erwachsenen und drei schulpflichtigen Kindern besteht, jährlich 89 Kronen auf!

Bedenkt man, daß dieser Familienvater mit einem Wochenverdienst von etwa 200 Kronen weit über dem Durchschnitt des Arbeiterlohnes von heute steht, so geben schon die wenigen angeführten Zahlen einen Begriff davon, wie es beispielsweise in einer Bergarbeiterfamilie oder auch sonst in jedem anderen, mit Kindern gesegneten Arbeiterhaushalt aussieht. Man errahne, wie ein Bergarbeiter mit drei oder vier Kindern und einem Wochenlohn von 180 Kronen leben kann! Jede Steigerung der Preise der wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel ist unerträglich, für den Bergarbeiter und für alle Arbeiterkategorien, was wir noch an weiteren Zahlen beweisen werden.

Die Abrüstungskonferenz.

Die vorbereitende Kommission tritt am 18. Mai zusammen.

Genf, 18. März. (S. v.) Der Völkerverbund hielt heute nachmittag seine letzte öffentliche Sitzung ab, in der er das Datum des Zusammentritts der Kommission für die vorbereitende Abrüstungskonferenz auf den 18. Mai festsetzte. Der Rat ernannte Argentinien und Chile zu neuen Mitgliedern dieser Kommission. Der Ort für die Zusammenkunft wurde noch nicht festgesetzt.

Chamberlain referierte über die Mitteilung der Regierung der Vereinigten Staaten betreffend die Beteiligung Amerikas am Internationalen Gerichtshof in Haag und beantragte, auf den 1. September 1926 eine Kommission aller Signatarmächte und eines Vertreters Amerikas nach Genf einzuberufen, welche die Aufgabe hätte, ein Zusatzprotokoll aufzustellen, das den von Amerika gewünschten Wünschen und Beitrittsbedingungen Rechnung tragen soll. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Einladung an Tschitcherin.

Genf, 18. März. Wie die schweizerische Delegation erfährt, hat der Völkerverbund in einer vertraulichen Sitzung den Text eines Schreibens an Tschitcherin festgesetzt, in dem er den lebhaften Wunsch betont, mit der Zusammenarbeit der Sowjets an den Arbeiten der vorbereitenden Abrüstungskonferenz rechnen zu können. Der Rat erinnert ferner an die formale Versicherung der Schweizerischen Bundesregierung betreffs der diplomatischen Immunität und des Schutzes aller Delegierten in Genf. Referent über die Frage der vorbereitenden Abrüstungskonferenz war Dr. Bened.

Die Locarno-Politik wird weitergeführt.

Berlin, 18. März. (Wolff.) In einem heute nachmittag unter Vorsitz des Reichskanzlers abgehaltenen Ministerrat wurden die Genfer Verhandlungen durchberaten, nachdem die beiden Delegierten ihre fortlaufenden schriftlichen Berichte durch mündliche ergänzt hatten. Das Reichskabinett billigte einstimmig die Haltung der deutschen Delegation und nahm insbesondere davon Kenntnis, daß durch die in Genf getroffenen Abmachungen die Fortführung der Locarnopolitik gewährleistet ist.

Genf, 18. März. (Wolff.) Der deutsche Vorschlag auf Einsetzung eines Ausschusses zum Studium der Frage der Ratserweiterung wurde heute vormittag in nichtöffentlicher Sitzung vom Kaiserpräsidenten J. Shi (Japan) im Namen der japanischen Regierung im Rat eingebracht. Die Ratmitglieder sind dahin übereingekommen, daß in diesen Ausschuss außer den 10 Ratmächten noch folgende 5 Staaten vertreten sein sollen: Deutschland, Schweiz, Polen, Argentinien und China.

Jankovich — drei Jahre Kerker.

Haag, 18. März. (Wolff.) Im Prozeß wegen der Frankfälschung wurde Jankovich zu drei Jahren, die beiden übrigen Angeklagten Marksofsky und Manovich zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Die Barmats wieder aus der Haft entlassen.

Berlin, 18. März. Die Brüder Julius und Henry Barmat sind gestern abends wieder aus der Haft entlassen worden. Entscheidend für den Beschluß des Senates waren die Gutachten der Gerichtsärzte über den Gesundheitszustand der Brüder, doch mußte die Kaution um 20.000 Mark von den Barmats erhöht werden.

Die Arbeitszeit-Konferenz.

Sonntagsarbeit, Ueberstunden und Eisenbahnen.

London, 18. März. (M.) Die Internationale Konferenz für die Arbeitszeit nahm heute den Bericht des Untersuchungsausschusses betreffend die Frage der Sonntagsarbeit sowie den Text, mit welchem der bestezugliche gemeinsame Standpunkt zum Ausdruck gebracht wird, an. Der Untersuchungsausschuss wurde ferner mit der Prüfung der diesbezüglichen Lage auf den Bahnen betraut und es wurde vereinbart, daß später die Prüfung des Artikels 4 der Washingtoner Konvention fortgesetzt werden wird, welcher die speziellen Bedingungen bei der Industrie mit ständigen Betrieben betrifft, wobei eine mögliche Einbeziehung der Eisenbahnen in diesen Artikel nicht in Erwägung gezogen werden wird. Im Zusammenhange mit dem Artikel 6 wurde die Frage erörtert, ob der Versuch unternommen werden soll, ein fixes Maximum von Ueberstunden für die Zeit eines Jahres festzusetzen. Die Konferenz einigte sich dahin, daß ein derartiges Ausmaß undurchführbar wäre.

Was man in Deutschland nicht sagen darf.

Ein provokativer deutschnationaler Mißtrauensantrag.

Berlin, 18. März. (Eigenbericht.) Die Deutschnationalen hatten im Reichstag einen Mißtrauensantrag gegen den demokratischen Finanzminister Dr. Brügel eingebracht, weil dieser bei Beratung seines Budgets festgesetzt hatte, daß der frühere Kaiser feige nach Holland geflohen sei und dadurch ihre monarchistischen Gefühle verletzt habe. Bei der heutigen Abstimmung wurde dieser Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Anschläge auf Baldwin und den Prinzen von Wales.

Eine bloße Demonstration irischer Nationalisten?

London, 18. März. Aus Anlaß des irischen Nationalfesttages, des St. Patrickstages, fand im Hotel „Cecil“ in London ein Festessen statt, auf dem der Ministerpräsident die Feste für Irland halten sollte. Als Baldwin in sich erhob, um seine Rede zu beginnen, schleuderte ein Anhänger der Partei des Führers de Valera von der überfüllten Publikumsгалerie des Bankettsaales einen angezündeten Feuerwerkskörper in den Saal. Die Rakete explodierte in der Nähe des Ministerpräsidenten und setzte mehrere Tische in Brand. Das Feuer wurde jedoch mit dem Inhalt einer Anzahl Seltenerflaschen gelöscht. Baldwin war unversehrt; eine Tischeinrichterin des Ministerpräsidenten wurde ohnmächtig. Eine halbe Stunde nach dem Attentat auf Baldwin ist gestern auch ein Attentat auf den

Prinzen von Wales verübt worden, der gleichfalls auf einem Festessen für den St. Patrickstag teilnahm. Von einem Auto aus wurde eine Schachtel, in der sich eine Azethlen-Bombe mit brennender Zündschnur befand, von der Straße in den Vorraum des Saales im Piccadilly-Restaurant geschleudert, in dem sich der Prinz befand. Kriminalbeamte machten die Bombe rechtzeitig unschädlich. Die Täter sind ebenso wie der Werfer der Bombe auf Baldwin unerkant entkommen.

Es scheint sich überhaupt nicht um ein Attentat, sondern um bloße Demonstrationen gegen die Regierung wegen der irischen Angelegenheit zu handeln.

Das Volkentscheid — ein voller Erfolg.

Thüringen vor dem finanziellen Zusammenbruch.

Berlin, 18. März. (Eigenbericht.) Noch liegt das endgültige Ergebnis des Volksbegehrens nicht vor, aber es läßt sich schon jetzt erkennen, daß es einen außerordentlichen Erfolg gebracht hat. Nach den gesetzlichen Vorschriften hätten sich mindestens zehn Prozent aller Wahlberechtigten einzeichnen müssen, das wären vier Millionen gewesen. In der Tat haben sich in den größeren Städten allein etwa acht Millionen Personen eingezeichnet, und wenn erst das Ergebnis aus den kleineren Städten und Landgemeinden vorliegen wird, so dürfte die Zahl der Unterschriften zehn Millionen überschritten haben.

Das bedeutet einen gewaltigen Erfolg gegen die früheren Fürsten und zugleich eine vernichtende Niederlage des monarchistischen Gedankens. Diese große Zahl ist zustande gekommen, obwohl die Demokraten und das Zentrum zur Stimmenthaltung aufgefordert hatten und die Rechtsparteien auf dem Lande durch jede Art von

Sabotage die Durchführung des Volksbegehrens zu verhindern suchten. Sollten die bürgerlichen Parteien jetzt im Reichstag ein Kompromiß in der Fürstenfrage zustande bringen, das nicht dem Volkentscheid entspricht, so wird das dann folgende Volksentscheid gewiß die erforderliche Mehrheit von mindestens der Hälfte der Wahlberechtigten erbringen.

In der heutigen Sitzung des Rechtsausschusses des Reichstages appellierte der thüringische Finanzminister, ein Deutschnationaler, an den Reichstag, er möge der bisherigen Unsicherheit ein Ende machen. Schon jetzt sei es für Thüringen schwer, die nötigen Kredite zu erlangen, da die Vermögenslage des Landes durch die Ansprüche der früheren Fürsten vollkommen unübersichtlich geworden ist. Die Berichte seien den Fürsten besonders in der Frage der Aufwertung ihrer Ansprüche aus der Inflation so weit entgegengekommen, daß im Interesse der einzelnen Staaten eine Nachprüfung der Urteile dringend erforderlich wäre. Von sozialdemokratischer Seite wurde darauf verwiesen, daß die ehemaligen Fürsten jetzt veruchten, Vermögensstücke nach Bayern und ins Ausland zu verschieben.

Tagesneuigkeiten.

Teutsche.

Von Karl Germer.

Sie sahen in München im Bürgerbräu Und tranken aus mächtigen Humpen. Sie sprachen von Ebert — und ohne Scheu Auch noch von anderen „Lumpen“.

Sie sprachen und sofften mit ledem Mut, Und rühmten sich heldischer Taten. — Sie wateten bis an die Kenden im Blut Der „schuftigen Demokraten“.

„Ich bin“, sprach einer, „zum Kampfe bereit, Sieg oder Tod heißt mein Wille“. Er trug ein ordengeschmücktes Kleid Und — eine blaue Brille.

Beng! — Kirren die Krüge, fff! schäumt der Met, — „Seil!“ raucht es durch Säle und Hallen. Das schwarz-weiß-rote Banner weht In trunkenen Intervallen. — —

Sie sitzen noch heute im Bürgerbräu Und trinken gewaltige Humpen. Sie sprechen von deutscher Wahrheit und Treu; „Die Republikaner sind Lumpen!“

„Für Vaterland, Wahrheit und Monarchie!“ Die Schreier taumeln und wanken. — Und ihre Beche — bezahlen sie Mit ungarisch-französischen Franken.

Ein prachtvoller Grubenhund ist dem Chefredakteur der Wiener christlichsozialen „Reichspost“, Herrn Funder, zugehauen. Funder mußte nämlich in einer der letzten Nummern seines Blattes zwei sehr unangenehme Berichtigungen des österreichischen Republikanischen Schutzbundes, zweifelspaltig aufgemacht, seit abgedruckt, bringen, und um sich zu rächen, veröffentlicht er in der Größe einer Drittelseite eine angebliche Preisliste von Ausrüstungsgegenständen, die den Mitgliedern des Republikanischen Schutzbundes angeboten werden. Diese Preisliste sieht so aus:

- Leibriemen
- Brotfäde
- Chromlederriemenzeug
- Eßschalen
- Natriumbatterien
- Schutzhelmstöße
- Ambros-Geländekarte
- Ergänzungsgurten
- Nitro-B.
- Distanzmesser
- Einschuß-P.
- Revolvertaschen.

Namentlich auf die Nitro-B. und die Einschuß-P. ist er geflogen. Und auf die Revolvertaschen. Denn mit den B. — das sind doch Patronen — liefern sie endlich den Nachweis, daß der Schutzbund bewaffnet ist. Wie sollte sich Herr Funder einer sensationellen Nachricht nicht freuen? Doch es laßt bekanntlich der am besten, der es zuletzt tut. Man braucht nämlich die in der Ausstellung durch Fettdruck hervorgehobenen Buchstaben nur nacheinander zu lesen (die „Brotfäde“ sind zur Irreführung eingestellt worden) und man erhält den

schönsten Titel, den sich Herr Funder dank seiner Tätigkeit wohl erworben hat: Leichenschänder. Ueberflüssig zu sagen, daß es ein lustiges Mitglied des Schutzbundes selbst war, das Herrn Funder über Pottenstein diesen Grubenhund zu kaufen ließ und Herr Funder hat das Tierchen gleich so liebevoll ans Herz gezogen, daß darüber sogar die Hühner lachen.

Eine Verlagsanstalt für geistige Versumpfung. Der neue Weltkrieg beginnt am 9. Juni 1926. Und zwar ist es diesmal ein asiatisch-europäischer Weltkrieg. Das ist kein Aprilwitz, sondern es ist die Locarnoweisagung vom 1. Dezember 1925, welche erschienen ist im Lichtwelt-Verlag, Stettin, Adernmannshöh, zu Weihnachten 1925. Der Verleger ist ein sicherer Paul Reef, der dem Verlag die Vollmacht erteilt hat, diesen Weisagungsblödsinn auf der ganzen Erde zu verbreiten. In einem Prospekt des Verlages, welcher am 13. Jänner 1926 in Massen zur Versendung gelangte, heißt es wörtlich:

„Im Namen Jesu-Christi, des unfehlbaren, allmächtigen und allwissenden Gottes, gibt der Unterzeichnete folgende Weisagung über den Beginn des asiatisch-europäischen Weltkrieges der Welt bekannt: Der asiatisch-europäische Weltkrieg, symbolisch dargestellt durch sechs Pokalmen in der Offenbarung Johannis (* Offenbarung Johannis 9, 13—21) wird im Jahre 1926 zum Ausbruch kommen. Die Zahlen dieses Jahres haben prophetische Bedeutung und verkünden mit unfehlbarer Sicherheit die Stunde, den Tag, die Woche, den Monat des Kriegsausbruches, nämlich: eins, neun, zwei und sechs, das bedeutet:

- die 1. Stunde,
- den 9. Tag,
- die 2. Woche,
- den 6. Monat,

1926.

Nach dieser Deutung, die absolut richtig ist, wird dieser Weltkrieg bestimmt in der ersten Stunde des 9. Juni 1926 beginnen. Bereits unter dem 6. Juni werden die Diplomaten unter sich ihre letzten Entschlüsse zu diesem Weltkrieg fassen und unterschreiben; während unter dem 8. Juni diese Entschlüsse als Kriegserklärung der Welt bekanntgegeben werden. Diese Weisagung, die genau dreimal siebenzig Worte enthält, tritt am unglücklichen 13. Jänner 1926 in Kraft und geht nach Ablauf von drei mal sieben mal sieben Tagen in Erfüllung. Also liegt das ganze Geheimnis dieser Weisagung in der Dreizahl sieben, sieben, sieben d. i. 777. Dies ist die heilige Zahl oder die Zahl Jesu Christi.

Paul Reef.“

Dieser offenkundige Blödsinn wird noch durch eine Skizze „Zeitplan zur Locarno-Weisagung“ ergänzt. Dies alles und noch manches andere ist fein säuberlich auf gutem Papier gedruckt in die Welt hinausgegangen. Die Kosten werden angeblich durch die Einnahmen gedeckt, welche Herr Reef durch seine Vorträge von den Dummen und Sensationslüsternen, die ihm auf den Beim gehen, erzielt. Und diese Leute werden bekanntlich nicht alle ...

Protest gegen die Erhöhung der Eisenbahn-Personentaxe. In der am 20. Febr. d. J. abgehaltenen Monatsversammlung der Fachgruppe „Bund der Vertreter und Reisenden“, Sitz Teplitz-Schönerau, wurde ein Protest gegen die vom Finanzminister Dr. Englis angeführte 22prozentige Erhöhung der Eisenbahn-

Rundfunk für Alle!

Die Zweigstelle Dreihunten des „Freien Nationalbundes“ hat, nachdem ihre Statuten bewilligt wurden, nunmehr in vollem Maße mit ihrer Tätigkeit begonnen.

Programm für morgen, den 20. d. M.

Prag, 16.30: Konzert, 18: Deutsche Sendung, Paul Bender: Zum 100. Geburtstag Josef Viktor Scheffels; 19.30: Tschechische Philharmonie. — Brunn, 20.10: Russ. Balalajka-Konzert. — London, 22: Funkquartett. — Paris, 21.30: Galakonzert. — Berlin, 21.20: „Der Hund im Stern“. — Stuttgart, 20: Kammermusik. — Leipzig, 20.15: Kobarett. — Breslau, 20.15: „Die Witwe Grapin“. — München, 20: Heiterer Abend. — Frankfurt, 20: Koppel-Abend. — Wien, 20: „Das Sperrschloß“. — Zürich, 20.30: Buntes Programm.

Wellenlängen der Stationen: Prag 368, Brunn 521, London 365, Paris 1750, Berlin 505 und 576, Stuttgart 443, Leipzig 452, Breslau 418, München 485, Frankfurt 470, Wien 530, Zürich 515.

Personentaxe, insbesondere soweit sie die Berufsreisenden aller Kategorien treffen würden, beschlossen. Die Versammlung erklärt weiter, daß sie, nun der vorigen 10prozentigen Erhöhung der Fahrpreise folgende neuerliche 22prozentige Erhöhung in erster Linie die Berufsreisenden treffen müßte, weil sie sie nicht auf die Schultern der Unternehmen abwälzen können; es sei nicht zu erwarten, daß die Unternehmen wegen dieser Fahrpreiserhöhung die Provision ihrer Vertreter und Reisenden erhöhen würden. Die Versammlung spricht die Erwartung aus, daß das Eisenbahnministerium und das Finanzministerium in gleicher Weise, wie es wenigstens teilweise schon früher geschehen ist, auf die wirtschaftliche Schwäche der Vertreter und Reisenden Rücksicht nehmen und auch für den Fall, als die Erhöhung der Eisenbahn-Personentaxe, die natürlich eine neue schwere Belastung unserer ganzen Wirtschaft bedeutet und daher den schärfsten Widerstand der betreffenden Kreise begegnet, unvermeidlich wäre, wenigstens für die organisierten Reisenden und Vertreter die bisherigen Fahrpreise in Geltung belassen werden.

„Ruhe in Frieden!“ So spricht der Priester über jedem Grab, ehe es sich über einem Verstorbene schließt. Wie das in die ländliche Praxis umgesetzt aussieht, möge nachstehende wahre Begebenheit, die sich im Mühlviertler Markte Gutau vor kurzem ereignete, erweisen. Starb da der Ortsbewohner Drechsler und der Totengraber erhielt am 22. Febr. l. J. den Auftrag, ein Grab zu graben. Ungefähr in der für Gräber vorgeschriebenen Tiefe stieß er bei dieser Arbeit auf einen gut erhaltenen Sarg, den er mit dem Krampen zerstückte. Da sah er zu seinem Erstaunen die noch nicht in Verwesung übergegangene Leiche eines Mannes. Auch diese wollte er zerstückeln, aber das ging nicht so einfach und so nahm er den Leichnam auf seine Schultern und legte ihn neben die Grube auf den Rasen. Den Bewohnern von Gutau erzählte der Totengraber dann, daß im Friedhof ein Leichnam liege, der nicht verkauft könne. Man tuschelte und tuschelte von diesem Ereignis im Ort solange, bis sich die Gemeindegroßen und der Pfarrer, von vielen Neugierigen begleitet, auf den Friedhof begaben, um das „Wunder“ zu sehen. Und da stellte sich, nachdem der Pfarrer die Totenmatrikel zu Rate gezogen hatte, heraus, daß der Tote, der nicht verweilen wollte, erst vor zehn Monaten begraben worden war. Dienstag, den 23. d., wurde dann der Ortsbewohner Drechsler in der frischen Grube beerdigt und man legte auch gleich den anderen, vor zehn Monaten Verstorbene, zu ihm. Selbstverständlich ohne Sarg, denn diesen hatte ja der Totengraber zertrümmert. Der Pfarrer aber sagte: „Lasset sie ruhen in Frieden!“ Das glaubten auch die Ortsbewohner, aber o Schreck, die Bezirkshauptmannschaft von Freistadt war anderer Meinung. Es kam eine Kommission, die beiden Leichname wurden wieder ausgegraben, der ältere Grab, der andere Sarg wurde in einem neuen Grab beigesetzt. Beide Gräber schlossen sich über die Toten, die nun hoffentlich „Frieden“ haben werden. Also geschehen in Oberösterreich anno domini 1926, da Bischof Hans Wöllner sich in Hirtenbriefen mit den nackten Armen und Beinen von Turnerinnen, mit den „legerischen Sozialdemokraten und der verruchten Leicher-Veranschung“ beschäftigt ...

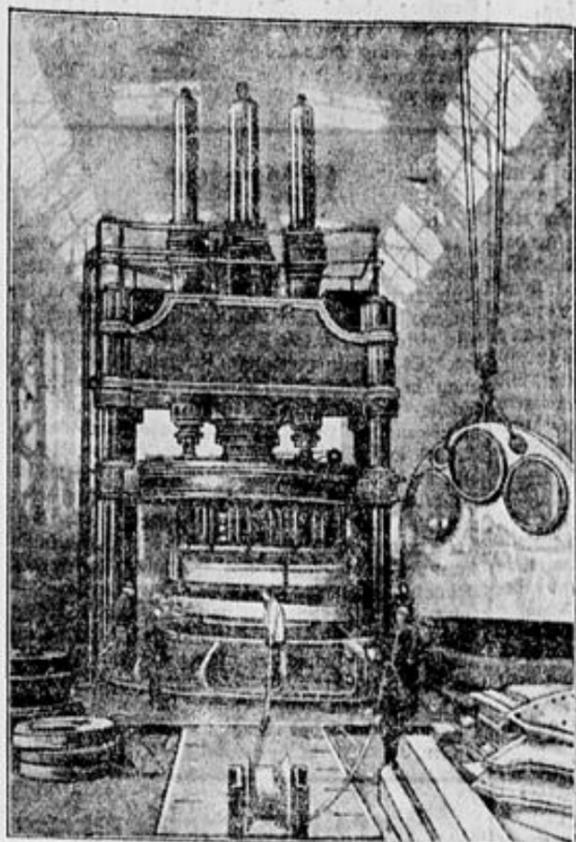
Neuregelung des Eigentumsrechtes der Ehegatten bei der Rechtsunifizierung. Das Unifikationsministerium hat einen Entwurf der Vorschriften über das gemeinsam erworbene Vermögen ausgearbeitet, der ein Bestandteil des Entwurfes des bürgerlichen Gesetzbuches werden soll. Der Entwurfs demzufolge sämtliches gemeinsam erworbenes Eigentum, d. i. das während des ehelichen Zusammenlebens der beiden Ehegatten oder einem derselben erworbene Eigentum zu gleichen Teilen zwischen beiden Ehegatten geteilt wird, wurde am 13. d. von der Slowakischen Kommission für das Gebiet des bürgerlichen Rechtes in Preßburg sowie vom Beratungsorgan des Unifizierungsministeriums verhandelt. Die Kommission nahm den Entwurf fast unverändert an und empfahl, daß seine Vorschriften im ganzen Staatsbereich und für alle Bevölkerungsklassen subsidiär gelten sollen, d. h. insoweit die Parteien im Rotariatsakt nicht etwas anderes verabredet haben.

Die Elektrifizierungsarbeiten bei den Österreichischen Bundesbahnen sind in der letzten Zeit rasch fortgeschritten. Im Sommer soll die Strecke Wien-Bregenz dem elektrischen Betriebe übergeben werden. Sollte es gelingen, eine weitere Anleihe für die Elektrifizierung zu erhalten, so werden die zunächst zurückgestellten, technisch aber bereits ausgearbeiteten Projekte der Tauernbahn und der Semmeringstrecke von Gloggnitz bis Würzzuschlag in Betracht kommen.

Die Kindernot in Rußland. In Rußland hat eine großartige Bewegung zur Rettung verwahrloster Kinder eingesetzt. Die Notwendigkeit dieser Aktion springt jedem Kenner russischer Verhältnisse förmlich in die Augen. Niemals hat es wohl ein solches Kinderelend gegeben wie während und nach dem Kriege in Rußland. Vor allem in der Zeit der Hungersnot stahlen und bettelten sich Armeen von halbwüchsigen Kindern durch Dörfer und Städte, nächtigten auf Straßen und Feldern, schlichen sich in Lastwagen ein und setzten sich auf die Puffer der Eisenbahnwagen, um nach Tschkent, der brotreichen Stadt oder nach dem sauberen Lichtmeer von Petersburg oder gar zum Mütterchen Rußlands, nach Moskau, zu gelangen. Neun Bahnhöfe hat Moskau, und aus jedem kommenden Zug wußten die weitgereisten Anaben und Mädchen an den Polizisten und Schaffnern vorbeizuhuschen, um in das Dunkel der Großstadt zu tauchen. Gegen diese Zehntausende jugendlicher Vagabunden hat die russische Regierung „Sammelstellen für Straßenkinder“ eingerichtet. In die 407 Kinderheime Moskaus soll dann der Strom der vagabundierenden Kinder übergeleitet werden. Außerdem sind sogenannte „Kindorstädte“ in der Umgebung der Hauptstadt mit 4000 Bewohnern, mit Wohnhäusern, Werkstätten, Feldern und Gärten, die von den Kindern selbst verwaltet werden, errichtet worden. Die größte dieser Kinderstädte ist Puschkino bei Moskau. In den Sammelstellen werden auch die von der Polizei festgenommenen und vom Jugendgericht verurteilten Verbrecher gefesselt und auf die Kinderheime verteilt.

Errichtung eines deutschen Konsulates in Neuchâtel. Mit dem 12. d. M. hat das neuerrichtete deutsche Konsulat in Neuchâtel seine Amtstätigkeit aufgenommen. Die deutsche Poststelle scheint mit dem gleichen Tage aufgehoben. Sämtliche Postangelegenheiten für den gesamten Handelskammerbezirk Neuchâtel, welcher den Konsularbezirk darstellt, erledigt ebenfalls das neuerrichtete Konsulat.

Kinder zur Adria. Wie in den vorhergehenden Jahren wird von der Bezirkskrankenkasse in Freiwaldau auch im heutigen Jahre die Kinderaktion nach Grado am adriatischen Meere unternommen. Es werden drei Abteilungen, abgehend am 15. Mai 1926, 28. Juni 1926 und 10. August 1926, vorbereitet. Der Aufenthalt der Kinder in Grado dauert je sechs Wochen. Der Preis für einen sechswochenlangen Kuraufenthalt, wobei Logis, gute, fünfmal tägliche heimische Verköstigung, Bedienung, Aufsicht, Meer- und Sonnenbäder, Strandjellybenutzung, Kurabgabe, ärztliche Behandlung, Ausflüge und die Bahn- und Schiffsfahrt tour und retour inbegriffen ist, beträgt im Kindertransporte pro Kind 1150 K. Bei rechtzeitiger Anmeldung können auch erwachsene Personen für einen Tagesbeitrag von 45 K., wofür dreimal tägliche gute Verpflegung, Logis, Bedienung, Strandbad und Strandjelly, sowie ärztliche Hilfe geleistet wird, im Kurhaus aufgenommen werden. Alles Nähere durch die Bezirkskrankenkasse Freiwaldau in Schlesien. Der hohe Wert eines Aufenthaltes im Süden ist allgemein bekannt. Kranke Kinder und Personen finden durch die feuchte, reine und salzhaltige Seeluft und hohe Wärme an der Adria sehr bald ihre Genesung oder erfahren als Leidende baldige Verbesserungen ihres Krankheitszustandes. Die ultravioletten Lichtstrahlen der Sonne sind wichtige Heilmittel und steigern den Stoffwechsel und Kalorienverbrauch jedes Einzelnen.



Eine Rielen-Preße.

Niedrige Größenverhältnisse hat diese wichtige Kumpelpresse in der Blechbearbeitungs-Werkstatt der Krupp'schen Gußstahlfabrik in Essen.

Das mächtige Meer mit seinem Salzwasser und dem herrlichen feinstörnigen Sand am Strande kräftigt die Nerven, stärkt den Geist und erfrischt das Individuum unter ständiger Bekämpfung der heran-schleichenden Tuberkulose mit ihren Vorboten (Machitis, Bronchitis usw.).

Eine suchtbare Familiensagde wird jetzt durch das Unglück auf der Schneefuppe bekannt. Wie wir bereits berichtet haben, sind während eines Schneesturmes auf der Schneefuppe der indische Student Patat und die Währige Lotte Dirnberger aus Warmbrunn ertrunken. Am Freitag der Vorwoche waren der Student, die Mutter der Lotte Dirnberger und diese selbst nach den Grenzbauden gegangen und hatten dort übernachtet. Am Samstag nachmittags wagten die beiden jungen Leute allein trotz der Warnung der Wirtsleute den Aufstieg nach der Schneefuppe. Dabei sind sie unzweifelhaft infolge Erschöpfung kurz vor ihrem Ziel zusammengebrochen und ertrunken. Die Familie Dirnberger scheint besonders von tragischem Geschick verfolgt zu sein. Dirnberger, der früher Buchdruckereibesitzer war, hatte das Gast- und Logierhaus „Villa Alvine“ in Agnetendorf im Riesengebirge gekauft. Am 5. November 1920 hat Dirnberger, wahrscheinlich in einem Anfall von Geistesgestörtheit — er war schwer kriegs-verletzt — seine Frau, seine Schwiegermutter, seinen 14 Jahre alten Sohn und eine seiner beiden Töchter durch Beiliebe schwer verletzt, darauf das Haus angezündet und sich vom Balkon des brennenden Hauses herabgestürzt. Er starb bald darauf, ebenso der Sohn, während die Schwiegermutter und die Tochter dann im Warmbrunner Krankenhaus starben. Nur Frau Dirnberger kam mit dem Leben davon. Die jetzt auf der Schneefuppe ertrunkene Tochter entging damals ihrem Schicksal dadurch, daß sie sich am verhängnisvollen Tage in Liegnitz befand. Nun hat sie aber doch ein tragisches Ende gefunden.

Bei dem Eisenbahnunglück in Costarica sind wie der Konsul in San José mitteilt, keine Deutschen zu Schaden gekommen.

Die Opernsängerin Maria Jerlga, die augenblicklich an der Metropolitan-Opera gastiert, hat gegen verschiedene New Yorker Zigarettenhändler Klage auf Zahlung einer Schadenersatzsumme von 25.000 Dollar erhoben, weil die Händler das Bild der Künstlerin zu Reklamewenden auf Zigarettenpackungen abgebildet haben.

Einhundertneunzig Häuser wurden durch ein Erdbeben in Anatolien zerstört. In Denizli und Umgebung steigerte sich das Beben zu Erdstößen, die einen großen Teil der Stadt niederlegten. Sieben Personen wurden getötet, zahlreiche verletzt.

Vom Fußball tödlich verletzt wurde ein Schiedsrichter beim Fußballspiel in London. Er wurde ins Krankenhaus geschafft, wo er an den Folgen einer Gehirnerschütterung gestorben ist.

Wie man die Freiheitsstatue modernisieren wollte. Die einfallsreichen New Yorker Juweliere, die die Freiheitsgöttin im New Yorker Hafen mit einer Riesenuhr ausstatten wollten, haben mit ihren Vorschlägen bei den maßgebenden Stellen keine Gegenliebe gefunden. Die Behörden in Washington haben zur Begründung ihrer Ablehnung darauf hingewiesen, daß eine etwaige Zulassung der Uhrbanduhr einen Präzedenzfall schaffen würde, der unabsehbare Folgen haben würde. Man erinnere an einen ähnlichen Fall, der sich vor nicht langer Zeit in New York zugetragen hat. In unmittelbarer Nähe des Rathauses steht das Bild der „Bürgergöttin“, dargestellt von einer nach antikem Muster gebildeten Ephebegestalt mit klassischen Körperlinien. Im vergangenen Winter wurde diese Statue mehr als einmal respektloserweise mit Reklamen von Fabriken für Pyjama, Trikots, Wäsche, Unterhosen und ähnlichen nützlichen Gegenständen beklebt. Dieser Unfug könne sich, so meint die Behörde, bei dem der ganzen Nation neuere Freiheitsdenkmäler wiederholen, wenn man dem Reklamebedarf der amerikanischen Businessmenschen den kleinen Finger reiche.

Die gepfändeten Löwen. Ein in seiner Art nicht häufig vorkommender Pfändungsakt ereignete sich in Breslau. Die Pfändung betraf den jetzt in Prag auftretenden europäischen Fakir Lo Rhama, der vor kurzem in Breslau ein vierwöchiges Gastspiel absolvierte. Er hatte der Firma Hageneder in Hamburg, von wo er seine Versuchstiere zu hypnotischen Zwecken bezog, eine ausgelegte Forderung in der Höhe von 7000 Goldmark zu begleichen. Da er nicht zahlte, schritt der Gläubiger zur Zwangsvollstreckung und beauftragte einen Gerichtsvollzieher mit der Eintreibung der Schuld. Aber auch diesem erklärte Lo Rhama, daß er nicht zahlen könne. Als Verpfändungsgegenstände waren lediglich zwei Löwen, ein Krokodil, einige giftige Schlangen und ein Adler vorhanden, die der Gerichtsvollzieher schließlich für gepfändet erklärte. Mit Pfändungssiegeln versehen er indessen die Tiere aus leicht verständlichen Gründen nicht. Lo Rhama intervenierte bei Gericht mit der Begründung, daß die „Pfändstücke“ zu seinem Erwerb notwendig und daher unpfändbar seien. Nach eingehender Prüfung der Sachlage gab dann das Gericht die nicht alltäglichen „Pfändstücke“ frei.

Ettausend Mörder im Jahr. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben seinerzeit die Prohibition eingeführt, um die Zahl der Verbrechen zu verringern. Wie die amerikanische Verbrechenstatistik zeigt, hat das Alkoholverbot bis jetzt keinerlei Einfluß auf die Kriminalität ausgeübt. Noch nie wurden in den Vereinigten Staaten so viel Menschen ermordet, wie in den letzten Jahren. Man spricht in der nordamerikanischen Hauptstadt von einem erschrecklichen Anwachsen der Welle des Verbrechens, so daß der Gouverneur des Staates New York die sofortige Einsetzung einer Kommission zur Erforschung der Ursachen der wachsenden Kriminalität beantragt hat. Der Staat New York rangiert, was die Zahl der Verbrechen anlangt, vor allen anderen Staaten der nordamerikanischen Union. Im Jahre 1922 wurden 9500 Personen in den Vereinigten Staaten ermordet; im Jahre 1923 10.300; 1924 11.000; das Jahr 1925 dürfte noch schlechter abschneiden. In Chicago, einer Stadt mit nahezu 3 Millionen Einwohnern, ereignete sich im Jahre 1923 389 Fälle von Totschlag. New York mußte in diesem Jahr 262 Mörder den Prozess machen.

Das größte Buch der Welt. Die Reformbahngesellschaft greift anheimelnd auch auf das Druckereigewerbe über. Eine Druckerei in New York brachte kürzlich ihr neuestes Erzeugnis auf den Markt: ein Riesebuch, dessen Seiten drei Meter lang und 1,80 Meter breit waren.

Ausgrabungen im ostasiatischen Archipel. Die Ausgrabungen der alten Hauptstadt Mahopait des früheren Kaiserreiches Java sind unter Leitung des Archäologen MacLaine Pont, der diese Ruinen entdeckt hat, so weit gefördert worden, daß für die im kommenden September in Surabaya stattfindende Java-Tagung ein Ausflug nach diesem größten Ruinenfeld Indonesiens auf die Tagesordnung gesetzt worden ist. Auf Grund der alten Zeichnungen und Puppen, die in den Ruinen gefunden wurden, soll den Besuchern ein altjavanisches Turnier vorgeführt werden. Auch in indonesischen Kreisen bringt man den Ausgrabungen und den Veranstaltungen des Kongresses das größte Interesse entgegen.

Wetterbericht vom 18. März. Die allgemeinen Wärmeverhältnisse haben sich während der letzten 24 Stunden in der Republik wenig geändert. Es ist lediglich eine Verringerung der Temperaturunterschiede zwischen Tag und Nacht eingetreten, da die Bevölkerung zugunommen hat. Donnerstag früh hatten wieder alle Gebiete der Republik Frost, der in den Niederungen — 2 bis — 1 Grad Celsius erreichte. Niederschläge fielen gestern nicht; in Nordböhmen fällt heute morgens Schnee. — Wahrscheinliches Wetter von Freitag: Abnahme der Bevölkerung, lokale Schauer, Temperatur wenig geändert, ruhig.

Kleine Chronik. Den Haien entronnen.

Am 21. November 1925 entstand auf dem brasilianischen Dampfer „Mogy“ in der Nähe von Sao Thomä eine heftige Explosion, die den Dampfer in Stücke riss. Die Besatzung, soweit sie nicht bei der Explosion ihr Leben einbüßte, fand eben noch die Möglichkeit, sich an treibende Wrackstücke anzuklammern; Boote konnten nicht rechtzeitig ausgejagt werden. Ein amerikanischer Dampfer, der sich in der Nähe der Unfallstelle befand, rettete den Kapitän und einen Matrosen des Brasilianers, die auf einem Brett trieben. Als der Dampfer „Villagarcia“ der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrt Gesellschaft von der Katastrophe durch drahtliche Telegraphie erfuhr, setzte er sogleich bereits in größerer Entfernung von der Unfallstelle, sogleich dorthin um und bereitete sich an dem Rettungsversuch, obgleich bei starkem Wind und Seeegang keine Hoffnung bestand, noch Ueberlebende anzufinden. Da, gegen 10 Uhr morgens, 12 Stunden nach dem Unfall, als man schon nach Stundenlangem erfolglosen Suchen die Stelle verlassen wollte, bemerkte der Kapitän von „Villagarcia“ plötzlich einige Punkte, auf denen ein offensichtlich völlig erschöpfter Mensch trieb, umschwärmt von Schwarm blutiger Haifische, die auf den Körperbild lauerten, wo er, entkräftet, ihre sichere Beute werden würde. Die suchtbare Lage des Unglücklichen spornete die Besatzung des deutschen Dampfers zu übermenschlicher Anstrengung. Schnel als jemals zuvor war ein Boot zu Wasser gelassen und bemant, und nach wenigen Minuten zogen starke Boote den Unglücklichen ins Boot, der sofort in eine tobende Ebnung fiel. Schaurig war es zu beobachten, wie die Haifische während darüber, daß ihnen das Opfer entzogen worden sollte, das Boot in Schwärmen begleiteten, schließlich wieder zur

Planke zurückkehrten und diese regelrecht nach Menschen absuchten. Unten der Woge des Schiffsatzes erhob sich der Gerettete das wieder so weit, daß er über die Schiffstafelstreppe und die nächste Leidenzeit Bericht geben konnte. Er war zunächst noch einer Planke geschwommen auf der schon sechs Mann trieben. Da sie überlastet war, schwamm er wieder weg und erreichte glücklich in anderer Wrackstück, auf dem er dann gerettet wurde. Grauenhaft war es für ihn, immer wieder die Todeschreie seiner Kameraden auf der anderen Planke zu hören, von denen im Laufe der Nacht einer nach dem anderen von den Haifischen geholt worden ist und wie dann der Amerikaner ihn trotz Schreien und Winken nicht bemerkte und er, zu Tode erschöpft, noch kaum durch Schlägen und Treten sich der Gale habe erwehren können. Wenige Minuten später, so wäre ihm ebenfalls dieser gräßliche Tod beschieden gewesen.

Die holländische Gartenstadt.

Die holländische Gartenstadt ist jünger als ihre deutsche Schwester, und da sie aus anderen sozialen Umständen als in Deutschland hervorgegangen ist, auch in ihren Wesen von der deutschen Gartenstadt verschieden. In Deutschland ist der spekulative Nebengedanke bei Gartenstädten häufig dem sozialen Ziele, diese Gartenstädte gerade den Mittel- und Unterschichten zugänglich zu machen, abträglich gewesen. Das holländische Tuindorp ist von vornherein auf die Bedürfnisse der sozial schlechter gestellten Volksschichten zugeschnitten, denen es gesunde Luft und ausgiebige Bewegungsfreiheit für den Nachwuchs verschaffen will. Das Tuindorp wird nur verständlich, wenn man sich die Lage der drei holländischen Großstädte Amsterdam, Rotterdam und Haag vergegenwärtigt. Amsterdam und Rotterdam sind ausgeglichene Arbeitsstädte, von denen Amsterdam mehr den Charakter einer Handelsstadt, Rotterdam mehr den einer Fabrikstadt hat. Der Haag ist erst

im letzten halben Jahrhundert zu einer beachtenswerten Großstadt geworden, aber stets die vornehme Wohnstadt geblieben. Der Fabrikbesitzer in Rotterdam und der Großkaufmann in Amsterdam haben wohl ihre Betriebe in diesen Städten, aber sie halten es für unter ihrer Würde, anderwärts als im Haag zu wohnen. In Rotterdam ist diese Entwicklung sogar so weit gediehen, daß die Flucht der kapitalstärksten Bevölkerung nach dem Haag eine ständige Klage bei Haushaltsdebatten ist. Der Haag hat eine liebliche Umgebung und mitten in der Stadt einen dem Berliner Tiergarten um ein vielfaches übertretenden Park, den weltberühmten Bosch. Zudem führt der reiche Holländer den englischen Grundbesitzer „My house is my castle“ (Mein Haus ist meine Burg) bis ins Extrem durch. Er verabscheut die Mietkassernen und wohnt in seinem Hause, das im Haag regelmäßig von einem Gärtchen umgeben ist, grundstüchlein allein. So kommt es, daß diese Kreise nach einer Gartenstadt absolut kein Verlangen haben.

Ganz anders ist die Lebenshaltung des Proletariats der holländischen Großstadt. Amsterdam war schon eine Großstadt, als die heutigen größten deutschen Städte noch bescheidene Mittelstädte waren. Daher ist im Innern der holländischen Hauptstadt das Gewirb schmaler Gassen und Gäßchen, in die fast nie ein Sonnenstrahl dringt, besonders zahlreich. Typisch dafür ist das Jordaan-Biertel in Amsterdam. Es ist daher kein Zufall, daß in diesen altertümlichen Stadtteilen mit ausgeglichenen Treppenhäusern und schmalen Stuben die Dungenwindstöße besonders reiche Ernte hält. Das hat dazu geführt, daß in Holland die Großstädte selbst die Errichtung von Gartenstädten in die Hand genommen haben, und da diese Gartenstädte von Anfang an unter dem Gesichtspunkte gesunder Wohnverhältnisse für das Proletariat angelegt wurden, mußten sie natürlich einen anderen Charakter als in Deutschland tragen.

Amsterdam hat bisher zwei Gartenstädte:

Costjaan und Nieuwendam. Costjaan ist ziemlich fertiggestellt, während Nieuwendam noch im Bau ist. Die Gartenstadt Costjaan, die gegenwärtig 6000 Einwohner zählt, beruht auf dem Grundriss des Einfamilienhauses. Die Häuser sind durchwegs Doppelhäuser, aber so, daß jede Familie für sich wohnt, ihr Unter- und Obergeschloß für sich hat und noch über ein kleines Hausgärtchen verfügt. Die Plätze mit Spielgelegenheiten für die Kinder sind ausgiebig vorgesehen. Eine Gemeindefunktion ermöglicht es, daß die Kinder gleich an Ort und Stelle ihren Unterricht empfangen können. Für die Erwachsenen ist durch eine städtische Lesehalle in schmaler Blockhausform inmitten einer kleinen Anlage für Unterhaltung und Berstreuung gesorgt. Die Verbindung nach der Stadt ist günstig. In 10 Minuten gelangt man vom Stadtzentrum im Autobus für 10 Cent nach der weit außerhalb der Stadt gelegenen Gartenstadt. Mein Großstadtkind stört hier draußen den Frieden der Bewohner. Beisten und Fabriken liegen weit hinter ihnen, wenn sie in ihrer freundlichen Zielung angelangt sind. Die Mietpreise sind verhältnismäßig niedrig; sie überschreiten nicht 24 Gulden für den Monat, wobei als bester Vergleichsmaßstab der durchschnittliche Amsterdamer Arbeiterlohn von 28 Gulden dienen mag. Da in Amsterdam überdies fast jeder Erwachsene ein Fahrrad besitzt, fällt das Fahrgeld für die Autobusverbindung, die hauptsächlich für die einkaufenden Frauen in Betracht kommt, kaum ins Gewicht.

Die holländische Gartenstadtbewegung hat auch eine Zukunft. So sieht der Bebauungsplan der Großstadt Amsterdam eine Reihe von Gartenstädten an der Peripherie der Stadt vor, und es sind auch hier unsere Genossen, die bei der Durchführung dieses neuen Gedankens tonangebend gewesen sind. Das Tuindorp als Volkssiedlung wird erst den Unterbau einer wirklichen proletarischen Kultur bilden, und das ist die große Aufgabe der holländischen Gartenstadtbewegung.

VERLANGT UEBERALL



Volkswirtschaft.
Fließende Arbeit.

Die Mechanisierung in der Industrie hat sich ohne Zweifel in den letzten Jahren mit einer gewissen Beschleunigung durchgeführt. Vor allen Dingen wurde die ursprünglich bloß als Werkzeug höherer Ordnung zu bestimmten Teilverrichtungen (Arbeitsgänge, Operationen) an individuellen Einzelzeugnissen benutzte Maschine in Richtung der Sondermaschine (Automat) weiterentwickelt. Diese Entwicklung hat auf die ganze Struktur des Fertigungsprozesses eingewirkt. Bestimmte früher die Werkstätte, der Stand der Maschine usw. weitgehend den Arbeitsvorgang, so sehen wir, wie sich heute der Stand der Maschine durchwegs nach der zu fertigenden Ware und dem Arbeitsprozeß richtet. Die alte, herkömmliche Werkstätte wird aufgelöst. Statt der früher Werkstätten, wo nur geförmt, gegossen, geböhrt, die Oberflächenbearbeitung vollzogen wurde, so sehen wir jetzt, wie die Tätigkeit ohne Unterbrechung sich in einem unmittelbaren Nacheinander vollzieht, ganz gleichgültig, ob wir es mit eigentlicher Handarbeit zu tun haben oder nicht. (Arbeit im Fluß.) Im Gegensatz zu der alten Werkstätte legen wir heute zum Beispiel den Autogenschweißstand neben die Drehbank und hinter die Drehbank den Schmelzofen für Lagermetall, um eine als Lösung und zu kostspielig empfundene Reihe von Transporten eines Werkstückes zwischen drei bisher getrennten Werkstätten zu sparen.

Aber diese Mechanisierung hat vorläufig noch ihre Grenzen. Wo Erzeugnisse aus verschiedenen Bestandteilen zusammengebaut werden müssen, ist menschliche Arbeitskraft nicht ganz auszufallen, und trotz aller Steigerungen hinsichtlich Leistung, Kraftwirkung und Präzision der Maschinenarbeit bleibt in vielen Fällen die überlegend zweckbewußt handelnde menschliche Mitarbeit unentbehrlich, mag ihr Anteil am fertigen Erzeugnis auch noch so bescheiden aussehen. Aber diese menschliche Arbeitskraft wird heute im Fertigungsprozeß wesentlich anders eingesetzt als früher. Früher war die Maschine ein Einzelwesen, das höchstens durch seine Wirkung (Gesicht und Gehör) oder in der Ausführung des Arbeitsstückes den Arbeitstakt beeinflusste. Heute bilden die Maschinen im Gang der fließenden Fertigung eine Maschinengruppe, um bestimmte Arbeiten im Auge der Fertigung wiederkehrender Erzeugnisse auszuführen. Die menschliche Arbeit wird immer mehr diszipliniert, jede Willkür unterbunden, der betreffenden Arbeitsstelle ein genau abgemessener Teil am Gesamtwerk zugewiesen. So ist der Mensch ein Glied einer zur Arbeitsleistung organisierten Kette, neben anderen Gliedern aus unbelebter Materie.

Die Stellung der Arbeiterschaft, insbesondere die Stellung der Gewerkschaften zu der Fließarbeit, ist klar. Die Gewerkschaften sind für die Fließarbeit, weil sie in ihr den ungeheuren Fortschritt und die Auswirkungen ganz bestimmter Wirtschaftsnennungen sehen. Die Arbeiterschaft weiß aber auch — und hat schon erfahren —, daß das Prinzip der Fließarbeit mißbraucht werden, daß man, über das Ziel der Auslösung von neuen Produktivkräften hinausgehend, das, was als Fließarbeit im Fertigungsprozeß seine Berechtigung hat, zu einem unerhört raffinierten Ausbeutungssystem gestalten kann. Hier werden, abgesehen von den Auswirkungen der Fließarbeit auf Lohn, Lohnform, Höhe der Löhne, Arbeitszeit, körperliche und geistige Folgeerscheinungen bei den Arbeitenden an der Kette, den Gewerkschaften neue Aufgaben erwachsen. Will die Arbeiterschaft diesen neuen Aufgaben gerecht werden, so ist notwendig, die technische Entwicklung in unserer Fertigung genau zu verstehen und zu kennen.

Im großen und ganzen ist die Fließarbeit in der modernen Form viel zu jung, als daß wir wissenschaftlich schon heute ihre Auswirkungen gerade in physiologischer, psychologischer und sozialer Beziehung bestimmen festlegen könnten, trotzdem an verschiedenen Stellen weitgehende Beobachtungen darüber gemacht worden sind. Der Grund ist der, daß die Mehrzahl derjenigen, die sich heute an die Untersuchung über die Auswirkung der Fließarbeit gemacht haben, wohl zum größten Teil jenem Kreis von Personen angehört, der sich seit Jahren mit aller Kraft für Ausbau und Durchführung der Fließarbeit eingesetzt haben und der deshalb, weißellos unbewußt, Gefahr läuft, die schädlichen Auswirkungen der reinen Handarbeit gegenüber dem großen Ziel, der Umstellung der Wirtschaft auf die neue Arbeitsmethode, zurückzusetzen.

Geplante Erhöhung der Kaffee- und Teezölle.

Was der Herr Finanzminister Dr. Engländer vorhat, grenzt schon ans Aschgrau. Er hat es sich anscheinend zur Lebensaufgabe gemacht, alle indirekten Steuern zu erhöhen und so die Lebenshaltung der Arbeiterklasse, welche durch Wirtschaftskrise und Lohnabbau in den letzten Jahren so ungeheuer herabgesetzt wurde, noch tiefer hinabzudrücken und so sich das Hauptverdienst an der Verelendung der Arbeiterklasse zu erwerben. Wie bekannt, bestand sein ursprünglicher Finanzplan darin, die Zucksteuer, die Spiritusabgabe zu erhöhen, die Tabakfabrikate und die Personentarife auf den Eisenbahnen zu erhöhen. Nicht genug daran, soll nun, wie die „Tribuna“ berichtet, die Regierung an einem Entwurf arbeiten, durch welchen die Tee- und Kaffeezölle erhöht werden sollen. Auf diese Weise sollen aus den Konsumenten 600 Millionen Kronen herausgeholt werden. Nach der „Tribuna“ soll der Koeffizient für Tee und Kaffee von 10 auf 14 erhöht werden, was bei Tee eine Zoll-erhöhung von 2400 K auf 3360 K und bei Kaffee von 950 auf 1330 K für 100 Kilogramm bedeuten würde. Auf ein Kilogramm Tee würde also ein Zoll von mehr als 33 K, auf einem Kilogramm gebrannten Kaffee von mehr als 13 K lasten. Wie lange wird sich die Bevölkerung noch einen Finanzminister gefallen lassen, der es darauf abgesehen hat, die Bevölkerung auszuhungern?

Ein Brotkrust in den Vereinigten Staaten.

Mit unauffälliger Schnelligkeit vollzieht sich in den Vereinigten Staaten die Vertruftung des gesamten Wirtschaftslebens. Wie berichtet wird, soll nun auch die Erzeugung von Brot vertruftet werden, das heißt ein großer Teil der Bevölkerung wird im Brotgenuß, somit im Genuß des wichtigsten Nahrungsmittels, von einigen wenigen Kapitalisten abhängig gemacht. Vor kurzer Zeit hat sich eine Gesellschaft gebildet, welche Ward Food Corporation heißt und deren Aktienkapital nicht weniger als 20 Millionen Dollar, das sind 660 Millionen K beträgt. Die neue Gesellschaft ist die Vereinigung der drei größten amerikanischen Großbäckereikonzerne, die ihrerseits wiederum 157 Brotfabriken, Mühlen, Zuckerraffinerien und Geseffabriken kontrollieren. Der Leiter des neuen Trusts ist ein ehemaliger Bäcker namens William B. Ward. Gegen den neuen Trust wird bereits eine Protestbewegung der Hausfrauenvereine organisiert.

Kunst und Wissen.

„Cosi fan tutte“ von W. A. Mozart. Diese entzückende Lustspieloper, die das uralte und ewig neue Thema von der Frauentreue in der verallgemeinernden Formel „So machen es alle“ behandelt, wirkt aller Lächerlichkeit und Unmöglichkeit des Rettes zum Trost immer wieder in köstlicher Frische und unverwundeter musikalischer Schönheit. Ist sie doch eines der letzten und reifsten Werke unseres großen Mozart. Allerdings auch eines von denen, die nur an einer über entsprechende künstlerische Kräfte verfügenden Opernbühne möglich sind. Unsere „Cosi fan tutte“-Aufführung konnte vollkommen sein, wenn alles richtig zusammenpassen würde. Dies ist aber in der gegenwärtigen, durch Kapellmeister Steinberg bewirkten musikalischen Neugestaltung des Werkes nicht immer der Fall. Nicht alle Ensembles klappten tadellos und die wenigen chorischen Stellen noch weniger. Aber nicht nur die unerläßliche Sauberkeit fehlte diesmal, auch rhythmisch und dynamisch konnte man nicht mit allein einverstanden sein; Steinbergs musikalische Leitung ist zwar temperamentvoll, aber nicht rhythmisch fest genug, seine Dynamik derber als es dem Kammerstile gerade dieser Kammeroper zuträglich ist. Die szenische Aufmachung ist dürrig wie früher geblieben, der Regie Labers fehlte die notwendige Sorgfalt. Unter den darstellenden Geisteskräften der Neuauflage ist an erster Stelle Frau de Garma zu nennen, deren Kammermädchen Despina nicht nur eminent musikalisch und mozartisch ist, sondern auch von entzückender Schalkhaftigkeit und Draht. Eine ganz vorzügliche Leistung bot auch Fr. A. Martin als gesungene hochintelligente Fioriligi, der zur Vollkommenheit nur etwas Temperament und Wärme des Gefühls fehlt. Eine prächtige, in Gefang und Darstellung von Mozartischem Geiste erfüllte Figur war der Don Alfonso Herrmanns. In den übrigen Rollen bewährten sich mehr oder weniger Frau Scharf und die Herren Hagen und Neumann.

„Nidel und die 36 Gerechten“, eine neue Komödie von Hans Kelsch bildet die nächste Schauspielerei der Kleinen Bühne. Der Autor hat in Prag bereits mit seinem Schauspiel „Wer weint um Judenan“ einen starken Erfolg errungen.

Gastspiel Ostwig in „Tosca“. Für Mittwoch, den 24. ds., ist ein zweites Gastspiel Aagaard Ostwigs als Cavaradossi in Puccinis „Tosca“ angelegt. Die Titelpartie singt zum erstenmal Frau Susanne Jicha-Göhl, den Scarpia Josef Hagen.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Freitag 7 Uhr abends „Die Teresina“, Samstag um 6 Uhr abends Gastspiel Karl Aagaard — Ostwig — Josef Schwarz: „Die Meistersinger von Nürnberg“. Sonntag 11 Uhr vormittags Kammermusik; halb 3 Uhr nachmittags Arbeitervorstellung „Der Rasenball“; abends 7 Uhr „Die Geisha“, Montag 7 Uhr „Die heilige Johanna“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Freitag Banbeamtenvorst. „Der Liebestrant“,

Sonntag abends „Jonny Busenfreund“, Sonntag 8 Uhr nachm. „Das Kamel geht durch ein Nadelöhr“, abends halb 8 Uhr „Der wahre Jakob“, Montag „Die Mama vom Ballett“.

Literatur.

Josef Blau: Der Heimatforscher. Dritte Auflage Schulwissenschaftlicher Verlag A. Haase, Prag, Wien, Leipzig. Dieses bereits in dritter Auflage erschienene Buch des ersten Heimatforschers in der Tschechoslowakei ist ein unentbehrliches Handbuch für alle diejenigen, welche sich mit diesem Gebiet befassen. Es enthält eine ungemessene instruktive Einführung in die einzelnen Stoffgebiete, so die Erdschichte, Bodenkunde, Pflanzen- und Tierkunde, in die eigentliche Heimatgeschichte, aber auch in die Sozial- und Wirtschaftskunde. Es gibt einen Überblick über die Quellen und Hilfsmittel der Heimatforschung, über das Arbeitsgebiet, die Organisation und den Ausbau der Heimatforschung. Für denjenigen, der ohne jede Kenntnis der Heimatkunde daran geht, die Natur und Geschichte der eigenen Heimat zu erforschen, bietet das Buch eine Einführung, mit Hilfe dessen er wirklich nützliche Arbeit leisten kann. Auch der Sozialist, der die Klassenkämpfe seiner Heimat erforschen und im einzelnen nachweisen will, wie sich die großen sozialen Kämpfe in der Welt auch im kleinsten Heimatort widerspiegeln, wird das Buch mit Nutzen verwenden können. E. S.

Bereinsnachrichten.



Touristenverein „Die Naturfreunde“. Sonntag Klado. Zusammenkunft 7.35 Uhr Masaryk-bahnhof. Vormittag Konzert im Stadttheater. Nachmittag Ausflug zum Schöllerbach. Rückkehr Station Znojmo. Treffort mit den Kladoern „Hotel Post“ halb 2 Uhr nachm. Abmarsch 2 Uhr. — Osteru: Von Rostendorf bis Gehrdsdorf im Erzgebirge.

Turnen und Sport.

Der Arbeiter-Turnverein Obdenheim in Thü. der besonders unter den Schifanen des Jungdenischen Ordens zu leiden hat, ist das Opfer eines Jungdo-Helden geworden. Eine führende Persönlichkeit des Jungdo, namens Edhardt, hat in seiner Dienstleistung als Angestellter der Post beträchtliche Gelder des Arbeiter-Turnvereines, die dieser auf das Konto des Arbeiter-Turn- und Sportbundes überwiesen hatte, sowie den Briefwechsel zwischen den beiden Arbeiterportorganisationen unterschlagen. Wenn es gilt, die Arbeiterbewegung zu schädigen, ist den „Erneuerern“ Deutschland jedes Mittel recht. Der Ehrenmann ist dem Gericht überliefert worden.

Die deutsche Reichshauptstadt bemüht sich seit einhalb Jahren, Veräusertes nachzuholen und möglichst allen Schülern Groß-Berlins einen systematischen Schwimmunterricht zuteil werden zu lassen. Das ist keine leichte Aufgabe für die Verwaltung einer Stadt von dem Umfange Berlins. Beträgt doch die Gesamtzahl der Schüler und Schülerinnen der Volks- und höheren Schulen Groß-Berlins rund 350.000. Von diesen können bereits 46.000 oder 12 Prozent schwimmen. Das ist noch verhältnismäßig wenig, und doch schon ein großer Fortschritt gegenüber dem Zustande von zwei Jahren. Dieses Ergebnis ist innerhalb kurzer Zeit nur erreicht worden dank eines intensiven Schulunterrichts im Schwimmen. So hatte das Stadtbad im Proletarierviertel Wedding im Sommer 1925 erst einen Klassenbesuch von 189 aufzuweisen, während im vergangenen Winter bereits 301 Schulklassen Schwimmunterricht in diesem einzigen Bad zuteil wurde. Den größten Prozentsatz an Schwimmern weist ein Duzum auf, von dessen 583 Schülerinnen 358 Schwimmerinnen sind. Bei der Bade-freudigkeit der Großberliner Schulkinder ist für dieses Jahr eine starke Zunahme der Schwimmer zu erhoffen.

Herausgeber Dr. Ludwig Czech. Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Riehnec. Druck: Deutsche Zeitungs-A.G. Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Holit.

Das Beste für feine Cremes



VITELLO DELIKATESS MARGARINE wie feinste Teebutter CENTRA AKT GESTETSCHEN

KINO-PROGRAMM vom 19. bis 25. März 1926

Wran Urania-Kino Einziges deutsches Kino in Prag. Das Geheimnis der alten Mamsell. Nach dem M. S. M. Theater Prag an

LIDO 310 Madame St. Gené Großer historischer Film aus der Zeit Napoleon Bonapartes in 12 Rollen. In der Hauptrolle Dorv Svanson.

Insertieren Sie im Sozialdemokrat!

Wo vertehren wir?

Café Continental, Prag-Graben Goldenes Kreuzel, Prag-Relaxanta.

Gastwirtschaft „Lidový dům“ der Genossenschaft „Ganymed“ Täglich PRAG II., Hybernská Nr. 7.

Café „Nizza“ Kgl. Weinberge, Fochova 27 Unser Stammlokal